



500a

V 6458 EX

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

34. Jahrgang

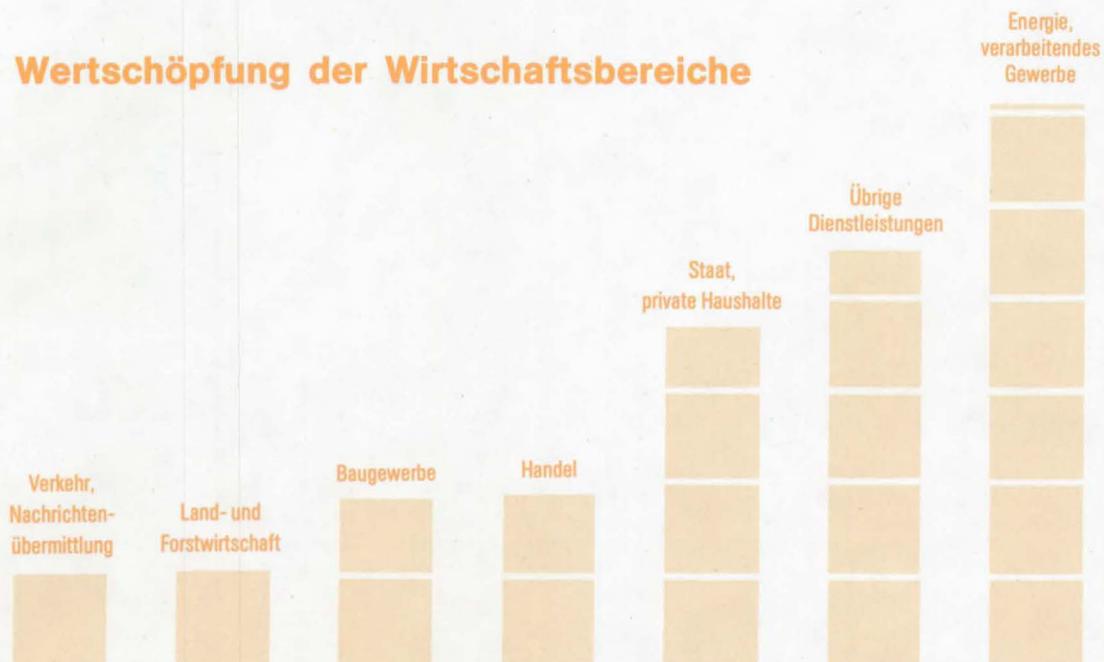
Heft 7

Juli 1982

Grafik des Monats: Investitionen im verarbeitenden Gewerbe
Aufsätze: Kreis- und Gemeindewahl 1982 (Teil 4)
Berufsausbildung

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Mai 1982		Januar bis Mai 1982	
		absolut	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres in %	Monatsdurchschnitt	Veränderung gegenüber gleichem Zeitraum des Vorjahres in %
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	174	- 2,9	175	- 2,8
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	17	- 5,2	18	- 4,4
Löhne und Gehälter	Mill. DM	507	+ 1,1	475	+ 2,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 597	- 2,8	2 694	- 0,5
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 124	- 4,0	2 173	- 0,7
Auslandsumsatz	Mill. DM	473	+ 3,0	521	+ 0,5
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 418	+ 9,3	1 512	+ 6,0
aus dem Inland	Mill. DM	982	+ 5,8	1 096	+ 11,9
aus dem Ausland	Mill. DM	436	+ 18,0	416	- 7,0
Energieverbrauch	1 000 t SKE	175	- 27,8	193	- 20,3
Bauhauptgewerbe²					
Beschäftigte	1 000	49	- 11,6	48	- 12,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	6	- 16,9	5	- 18,5
Löhne und Gehälter	Mill. DM	136	- 12,6	102	- 14,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	346	- 12,4	250	- 15,9
Auftragseingang ³	Mill. DM	222	- 50,5 ^a	201	- 30,7 ^a
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 140	- 24,1	986	- 25,6
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	320	- 49,3	396	- 13,9
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	80 740	+ 61,9	91 416	+ 60,7
		April 1982		Januar bis April 1982	
Ausfuhr	Mill. DM	630	- 34,9	651	- 14,5
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	576	- 28,4	631	- 6,5
Kredite⁵					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	9 026	+ 4,4	8 988	+ 3,2
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	35 591	+ 6,1	35 441	+ 7,1

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude 5) an inländische Unternehmen und Private 6) einschließlich durchlaufender Kredite

a) Durch Großaufträge im Vorjahr beeinflusst

Anmerkung: Zum Einzelhandel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr können wegen Umstellung des Berichtskreises erst später wieder Ergebnisse gebracht werden

INHALT 7/82

	Seite
Aktuelle Auslese	141
Aufsätze	
Die Kreis- und Gemeindewahl am 7. März 1982	
Teil 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht	142
Betriebliche und schulische Berufsausbildung	148
Grafik des Monats	152
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) .	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten fünf Hefte
nach Monaten

Heft 2/1982

Repräsentative Dezeberviehzählung
Ausländische Studenten
Wohnverhältnisse 1978

Heft 3/1982

Schleswig-Holstein im Jahre 1981

Heft 4/1982

Umweltstatistiken
Ausländer

Heft 5/1982

Kreis- und Gemeindewahl 1982 (Teil 1)
Einzelhandelsunternehmen
Blumen und Zierpflanzen

Heft 6/1982

Kreis- und Gemeindewahl 1982 (Teil 2 und 3)
Landwirtschaftliche Betriebe
Studenten aus Schleswig-Holstein



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

34. Jahrgang

Heft 7

Juli 1982

Aktuelle Auslese



Weniger Unfälle und weniger Tote im Straßenverkehr

Die Polizei registrierte in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 35 121 Unfälle. Das sind 5 % weniger als in den ersten sechs Monaten des Jahres 1981. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden verringerte sich von 8 185 auf 7 581 (- 7 %), die mit reinem Sachschaden ging von 37 108 auf 35 121 (- 5 %) zurück.

Gleichzeitig nahm auch die Zahl der Verunglückten ab. Während im ersten Halbjahr 1981 insgesamt 10 902 Personen verunglückten, waren es in der ersten Hälfte dieses Jahres 10 010 (- 8 %). Besonders bemerkenswert ist, daß die Zahl der tödlich Verunglückten sich um 19 % von 254 auf 206 verringerte.

Damit hat sich die Unfallsituation auf den Straßen Schleswig-Holsteins im 1. Halbjahr 1982 gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres bei stagnierendem Kraftfahrzeugbestand und rückläufigem Kraftstoffverbrauch erheblich entspannt. Dazu trug vor allem die Unfallentwicklung in den ersten beiden Monaten dieses Jahres bei.



Über 25 000 Studenten im Sommersemester 1982

An den Hochschulen Schleswig-Holsteins sind im Sommersemester 1982 25 244 Studenten immatrikuliert, darunter 1 090 Studienanfänger. Das sind über 2 600 Studenten oder fast 12 % mehr als im Sommersemester 1981, womit die bisher höchste Studentenzahl in einem Sommersemester erreicht wurde. Nicht mitgezählt sind die 718 Berufstätigen, die - unabhängig vom Wohnort - das Bildungsangebot der privaten Fernfachhochschule Rendsburg der Akademikergesellschaft für Erwachsenenfortbildung wahrnehmen.

Der Bestand des letzten Wintersemesters konnte jedoch erwartungsgemäß (25 661 Studenten) nicht erreicht werden, weil die große Mehrheit der Berechtigten das Studium zum jeweiligen Wintersemester aufnimmt; doch ist die Differenz diesmal sehr gering.



Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke sinken

Erstmalig seit Jahren waren die Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 1981 rückläufig. Für Flächen ohne Gebäude und ohne Inventar wurden 1981 durchschnittlich 26 400 DM je Hektar (ha) erzielt, das waren - trotz leicht gestiegener Ertragsmeßzahl je ha - 5 % weniger als 1980.

Am stärksten waren die Rückgänge in der Marsch mit - 12 %. Entsprechend der höheren Bodenqualität wurden dort allerdings immer noch die höchsten Kaufwerte von durchschnittlich 34 300 DM je ha erzielt. Nicht so stark sind die Kaufwerte im Hügelland gefallen. Mit 28 900 DM je ha wurden nur um 2 % niedrigere Kaufwerte festgestellt als 1980. Auf der Geest lagen die Abnahmeraten bei - 5 % (Vorgeest) und bei - 8 % (Hohe Geest). Als Folge der geringeren Bodenqualität wurden hier wiederum die niedrigsten Kaufwerte je ha erzielt und zwar 23 200 DM/ha auf der Hohen Geest und 19 800 DM/ha auf der Vorgeest.



76 % mehr Behinderte als 1979

Am 31. 12. 1981 waren bei den Versorgungsämtern Schleswig-Holsteins insgesamt 191 200 Behinderte erfaßt. Gegenüber dem Stand 2 Jahre zuvor bedeutet das einen Zuwachs von 82 700 oder 76 %. Mehr als jeder 14. Einwohner Schleswig-Holsteins ist damit als körperlich, seelisch oder geistig Behinderter registriert, 87 % von diesen als Schwerbehinderter, d. h. die Erwerbsfähigkeit ist um 50 v. H. oder mehr gemindert (MdE). Der enorme Bestandszuwachs bedeutet sicher nicht, daß in diesen zwei Jahren 83 000 Menschen eine Beschädigung erlitten haben oder behindert geboren sind; vielmehr sind es sprunghaft mehr gewesen, die ihren Zustand haben registrieren lassen. Eine wichtige Ursache dafür ist sicher die Ausdehnung des Rechts der unentgeltlichen Beförderung durch öffentliche Verkehrsmittel im Nahverkehr vom Oktober 1979 (§ 57 SchwbG). Begünstigt sind nunmehr alle Gehbehinderten und alle Schwerbehinderten mit einer MdE von mindestens 80 v. H., unabhängig von der Höhe des Einkommens.

Die Kreis- und Gemeindewahl am 7. März 1982

Teil 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht

Methode

In Schleswig-Holstein wird seit 1970 bei den Gemeindewahlen in den kreisfreien Städten und den Kreiswahlen in den kreisangehörigen Gemeinden das Wahlverhalten der Wahlberechtigten in Abhängigkeit von ihrem Alter und Geschlecht in einer Stichprobe ermittelt. Die Stichprobe wird nach einem bestimmten Verfahren so ausgewählt, daß sie repräsentativ für alle Wahlberechtigten und Wähler ist. Zur diesjährigen Kommunalwahl umfaßte die Stichprobe 96 der insgesamt 2 786 Stimmbezirke und damit 82 000 oder 4,2 % der 1,9 Mill. Wahlberechtigten.

Die Wahlbeteiligung wird in den ausgewählten Stimmbezirken anhand der Wählerverzeichnisse festgestellt: Im Wählerverzeichnis ist neben dem Namen und Vornamen das Geburtsdatum und der Vermerk eingetragen, ob ein Wahlschein ausgestellt wurde. Wird der Stimmzettel abgegeben, so ist der Name abzuheben. Danach kann die Zahl der Wahlberechtigten mit und ohne Wahlscheinvermerk sowie die Zahl der Wähler und Nichtwähler nach dem Geschlecht und je 10 Altersgruppen festgestellt werden.

Um die Stimmabgabe ebenfalls nach Alter und Geschlecht unterscheiden zu können, erhalten die Wähler in den Auswahlbezirken Stimmzettel mit einem Aufdruck, der das Geschlecht und die Geburtsjahrguppe in Klartext und in Form eines Schlüsselbuchstabens enthält. Die Stimmzettel können so nach 5 Geburtsjahrguppen und dem Geschlecht ausgezählt werden. Die Wähler werden durch Aushang auf die in ihrem Bezirk beabsichtigte Sonderauszählung hingewiesen. Die Geheimhaltung der einzelnen Stimmabgabe ist auf jeden Fall gewährleistet, da zum einen nur solche Stimmbezirke in die Stichprobe einbezogen werden, die mindestens 300 Wahlberechtigte aufweisen und zum anderen die Auswertung einzelner Stimmbezirke unzulässig ist. Die Stimmzettel werden daher nach der Wahl dem Statistischen Landesamt übersandt, wo sie nach Geschlecht und Alter ausgezählt und zum Landesergebnis zusammengefaßt werden. Da bei den Kommunalwahlen im Gegensatz zu den Bundes- und Landtagswahlen die Briefwähler der jeweiligen Gemeinde zugeordnet werden und deshalb ihre Stimmzettel in die Wahlurnen der anderen Wähler gesteckt werden, erhalten auch sie ent-

sprechend gekennzeichnete Stimmzettel. Sonst wäre das Wahlgeheimnis gefährdet, was aber gerade verhindert werden soll.

Die nachstehende Übersicht zeigt, daß das Ergebnis des repräsentativen Querschnitts ziemlich genau mit dem tatsächlichen Landesergebnis übereinstimmt:

	Stichprobe	Totalergebnis
Wahlbeteiligung	73,2	73,8
Von den gültigen Stimmen entfallen in % auf		
CDU	49,7	50,1
SPD	34,9	34,6
FDP	6,9	6,8
SSW	1,6	1,8
Grüne	3,1	3,1
Wählergruppen	2,8	2,4

Die Abweichungen sind zwar auch stichprobenbedingt, sie sind aber hauptsächlich auf die Briefwähler zurückzuführen. Während nämlich die Briefwähler in den Stimmbezirken der kreisangehörigen Gemeinden immer enthalten sind, ist dies bei den meisten Stimmbezirken der kreisfreien Städte nicht der Fall. Das wirkt sich vor allem auf die Wahlbeteiligung und die Stimmen von CDU und SPD aus. Für die DKP, Grüne Liste Schleswig-Holstein, Bürgerpartei, FSU und die Einzelbewerber ist die Stichprobenbasis zu schmal, um gesicherte Ergebnisse darstellen zu können.

Die absoluten Zahlen wurden auf Grundlage der Gesamtzahl der Wahlberechtigten mit den Anteilen aus der Stichprobe hochgerechnet. Sie können nur einen Anhaltspunkt für die wirkliche Größe der Zahlen geben.

Wahlberechtigte

Von den 1,9 Mill. Wahlberechtigten sind 1 Million oder knapp 54 % Frauen und entsprechend 900 000 oder gut 46 % Männer. In den Altersgruppen bis 49 Jahre überwiegen die Männer (51 %) und in denen ab 50 Jahre die Frauen (60 %), ab 60 Jahre sogar mit 65 %. Faßt man beide Geschlechter zusammen, so sind zwei

Zehntel der Wahlberechtigten unter 30 Jahre alt, gut die Hälfte zwischen 30 und 60 und fast drei Zehntel 60 Jahre und älter.

Die älteren Wahlberechtigten haben also ein viel größeres Gewicht als die jüngeren, zumal sie sich, wie noch zu zeigen ist, auch häufiger an der Wahl beteiligen.

Rund 120 000 oder 6 % der Wahlberechtigten haben sich einen Wahlschein ausstellen lassen, um mittels Briefwahl oder in einem anderen Stimmbezirk ihres Wahlbezirks wählen zu können. Die Frauen haben häufiger von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht (70 000 oder 6,7 % aller wahlberechtigten Frauen) als die Männer (50 000 oder 5,6 %). Erwartungsgemäß ist der Anteil unter den älteren Wahlberechtigten größer als unter den jüngeren. Ein Drittel ist 70 Jahre und älter, und ihr Anteil ist doppelt so groß (12,4 %) wie im Durchschnitt.

Wähler

Die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen unterscheidet sich, wie schon die letzten Wahlen gezeigt haben, kaum noch. Sie machte nach dem Stichprobenergebnis insgesamt 73,2 % aus, bei den Männern 73,0 % und bei den Frauen 73,4 %. Wegen ihrer größeren Zahl an Wahlberechtigten stellen die Frauen aber weiterhin den größeren Anteil von Nichtwählern. Von den 520 000 Nichtwählern waren 277 000 oder 53,3 % Frauen und entsprechend 243 000 oder 46,7 % Männer.

Die Nichtwähler stellen die zweitstärkste „Partei“, d. h. es gibt mehr Nichtwähler, als Stimmen für die SPD abgegeben worden sind. In den Altersgruppen 18 – 24 und 25 – 34 Jahre stehen sie sogar deutlich an der Spitze. Dort gibt es 101 000 und 125 000 Nichtwähler, und die CDU als stärkste Partei erhielt 50 000 und 74 000 Stimmen. Ein weiteres Beispiel soll das Gewicht der Nichtwähler verdeutlichen: Es gibt mehr nichtwählende 18 – 24jährige (101 000), als die FDP insgesamt Stimmen erhielt (97 000).

Die Wahlbeteiligung steigt, im ganzen gesehen, wie bisher mit wachsendem Alter. Die jüngeren Wahlberechtigten gingen wiederum am wenigsten zur Wahl. Bemerkenswert ist, daß die Wahlbeteiligung der 18 – 20jährigen abermals bedeutend höher ist als die der 21 – 29jährigen. Dies konnte bei allen Wahlen seit 1970 beobachtet werden, als das Wahlbeteiligungsalter auf 18 Jahre herabgesetzt wurde. Ab

Wahlbeteiligung 1982 nach Alter und Geschlecht in %

Altersgruppe (Jahre)	Männer	Frauen	Insgesamt	Dagegen 1978
18 – 20	63,6	61,4	62,5	66,4
21 – 24	55,6	53,8	54,7	59,4
25 – 29	56,5	58,6	57,5	61,5
30 – 34	62,1	65,2	63,6	70,8
35 – 39	70,8	73,5	72,1	76,4
40 – 44	75,3	77,2	76,2	81,2
45 – 49	79,6	78,6	79,1	84,0
50 – 59	82,8	80,1	81,4	85,2
60 – 69	85,8	82,3	83,7	84,8
70 und älter	81,9	76,3	78,2	79,4
Zusammen	73,0	73,4	73,2	77,0

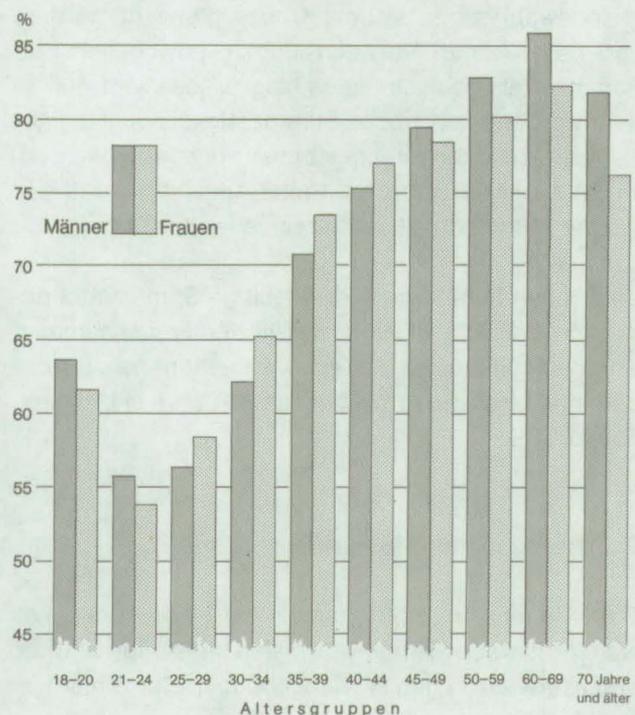
40 Jahre ist die Wahlbeteiligung überdurchschnittlich, und sie erreicht ihren Höhepunkt unter den 60 – 69jährigen.

Bei den über 70 Jahre alten Wahlberechtigten fällt sie etwas ab, sie ist aber dort immer noch erheblich höher als bei den unter 40jährigen. Die 50 Jahre und älteren Wahlberechtigten stellen jedoch ebenso wie die 18 – 29jährigen jeweils drei Zehntel der Nichtwähler.

Unterscheidet man die Wahlbeteiligung nach dem Geschlecht, so stehen die 21 – 24jährigen Frauen wie

D 5265 Stat. LA S+H

Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 1982



1978 am Ende der Wahlbeteiligungsskala (53,8 %), gefolgt von den Männern der gleichen Altersgruppe (55,6 %). An der Spitze der Skala stehen wie 1978 die 60 – 69jährigen Männer (85,8 %), gefolgt von den 50 – 59jährigen Männern (82,8 %) und den 60 – 69jährigen Frauen (82,3 %). Die Wahlbeteiligung der Männer ist in den beiden jüngsten Altersgruppen und in denen ab 45 Jahre höher als die der Frauen. Der Abstand zwischen beiden Geschlechtern ist in der obersten Altersgruppe am größten. Hier gingen 76,3 % der Frauen und 81,9 % der Männer zur Wahl.

Das Gesamtbild ist dem von 1978 sehr ähnlich, in einigen Altersgruppen hat sich aber die Wahlbeteiligung bemerkenswert verändert: Während insgesamt die Wahlbeteiligung nach der Stichprobe um 3,8 Prozentpunkte zurückgegangen ist, sank sie unter den 18 – 20jährigen Männern (– 7,2 Punkte) und den 30 – 34jährigen Frauen (– 8,8 Punkte) erheblich mehr. Demgegenüber ist die Wahlbeteiligung in drei Altersgruppen der Frauen fast gleich geblieben: 18 – 20 Jahre (– 0,1 Punkte), 60 – 69 Jahre (– 0,2 Punkte) und 70 Jahre und älter (– 0,5 Punkte).

Ungültige Stimmen

Bei Kommunalwahlen werden häufiger ungültige Stimmzettel abgegeben als bei den anderen Wahlen. Das hängt hauptsächlich damit zusammen, daß in den kreisangehörigen Gemeinden gleichzeitig die Gemeinde- und die Kreisvertretung gewählt wird. Während bei letzterer nur ein Kreuz auf dem Stimmzettel gemacht werden darf, können bei der Gemeindewahl bis zu sieben Kreuze gemacht werden, und das führt zu Verwechslungen, obwohl auf den Stimmzetteln deutlich darauf hingewiesen wird. Außerdem werden auch solche Stimmzettel als ungültig gezählt, die leer oder durchgestrichen abgegeben werden. In diesen Fällen kann man aber annehmen, daß der Wähler Stimmenthaltung anzeigen wollte.

Die Frauen haben häufiger ungültige Stimmzettel abgegeben als die Männer: 1,8 % der Frauenstimmen waren ungültig und 1,3 % der Männerstimmen. Besonders hoch war der Anteil bei den 60 Jahre und älteren Frauen (2,9 %).

Stimmabgabe für die Parteien

Die Männer stimmten erstmals bei einer Kommunalwahl – hier: Gemeindewahl in den kreisfreien Städten und Kreiswahl in den kreisangehörigen Gemeinden –

häufiger für die CDU als die Frauen. Von den Männern gaben 49,9 % (1978: 48,0 %) und von den Frauen 49,5 % (1978: 49,9 %) ihre Stimme der CDU. Die CDU hat also ihren Stimmenzuwachs den Männern zu verdanken. Insgesamt verbesserte die CDU ihren Stimmenanteil um 0,7 Prozentpunkte. Besonders hoch war die Zunahme unter den 45 – 59jährigen Männern (+ 3,5 Punkte). Bemerkenswert ist auch der nicht ohne weiteres zu erwartende Zuwachs bei den 18 – 24jährigen Männern (+ 1,7 Punkte). Nur die 25 – 34jährigen Männer stimmten nicht ganz so häufig für die CDU wie 1978 (– 0,2 Punkte). Demgegenüber waren es nur die 35 – 59jährigen Frauen, bei denen sich die CDU leicht verbessern konnte. Am stärksten ging ihr Anteil bei den 25 – 35jährigen Frauen zurück (– 2,2 Punkte). Faßt man beide Geschlechter zusammen, so streuen die Veränderungsraten von + 2,1 Punkte (45 – 59jährige) bis – 1,2 Punkte (25 – 34jährige).

Die CDU erhielt in allen Altersgruppen der Männer und Frauen ab 35 Jahre die absolute Mehrheit und baute sie hier fast überall gegenüber 1978 aus. Vor vier Jahren hatte sie unter den 45 – 59jährigen Männern die absolute Mehrheit noch knapp verfehlt. In den beiden jüngeren Altersgruppen blieb sie unter 40 %. Sie ist aber auch hier, anders als 1978, die stärkste Partei. Die Anteile der CDU wachsen wie bisher mit steigendem Alter. Zwischen den jüngsten und ältesten Jahrgängen liegt eine Spanne von fast 20 Punkten. Der Vorsprung gegenüber der SPD macht bei den ältesten Wählern beinahe 19 Punkte aus und bei den jüngsten Wählern sind es gut 3 Punkte. Vor vier Jahren machte der Vorsprung unter den ältesten Wählern 18 Punkte aus und bei den jüngsten Wählern lag die SPD mit 13 Punkten vorn.

Die SPD wurde, anders als bisher, von Frauen häufiger als von Männern gewählt. Von den Männern gaben 34,3 % (1978: 41,0 %) und von den Frauen 35,5 % (1978: 39,7 %) ihre Stimme der SPD. Bis auf die 35 – 44jährigen stimmten auch die Frauen in allen Altersgruppen häufiger für die SPD als die Männer.

Die SPD mußte bis auf eine Ausnahme in allen Altersgruppen Verluste hinnehmen. Besonders hoch waren sie unter den jüngeren Jahrgängen. Bei den 18 – 24jährigen Frauen ging ihr Anteil um 14,1 Punkte zurück und bei den gleichaltrigen Männern sogar um 17,5 Punkte. Die SPD hat damit ihre Vormachtstellung in dieser Altersgruppe verloren. Vor vier Jahren errang sie hier mit 48,7 % noch fast die absolute Mehrheit, und jetzt ist sie auf 32,9 % abgerutscht. Da sie auch in der Altersgruppe 25 – 34 Jahre weit überdurchschnittlich

Anteile der Parteien an den gültigen Stimmen

Altersgruppe (Jahre)	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf							
	CDU		SPD		FDP		Grüne	Wählergruppen
	1982	1978	1982	1978	1982	1978	1982	1982
Männer								
18 - 24	37,5	35,8	31,2	48,7	8,1	10,2	10,5	8,5
25 - 34	39,3	39,5	36,2	47,3	7,7	8,8	8,2	4,9
35 - 44	51,5	50,4	33,0	39,3	7,5	7,5	2,7	2,7
45 - 59	53,3	49,8	34,7	39,4	6,0	7,3	1,7	2,0
60 und älter	56,4	54,4	35,1	37,1	4,3	5,0	/	/
Zusammen	49,9	48,0	34,3	41,0	6,4	7,3	3,6	3,1
Frauen								
18 - 24	34,8	35,2	34,7	48,8	8,9	11,4	10,1	7,9
25 - 34	38,9	41,1	38,2	45,7	9,0	9,5	6,2	4,4
35 - 44	50,8	50,6	32,3	37,9	9,5	8,9	2,5	2,8
45 - 59	52,2	51,5	35,0	39,1	7,4	6,7	1,6	1,7
60 und älter	54,3	55,0	36,8	36,8	5,1	4,8	/	/
Zusammen	49,5	49,9	35,5	39,7	7,3	7,2	2,7	2,5
Männer und Frauen								
18 - 24	36,2	35,5	32,9	48,7	8,5	10,7	10,3	8,2
25 - 34	39,1	40,3	37,2	46,5	8,3	9,1	7,2	4,7
35 - 44	51,1	50,5	32,7	38,6	8,5	8,2	2,6	2,8
45 - 59	52,8	50,7	34,9	39,2	6,7	7,0	1,6	1,8
60 und älter	55,1	54,7	36,2	36,9	4,8	4,8	0,7	1,0
Insgesamt	49,7	49,0	34,9	40,3	6,9	7,2	3,1	2,8

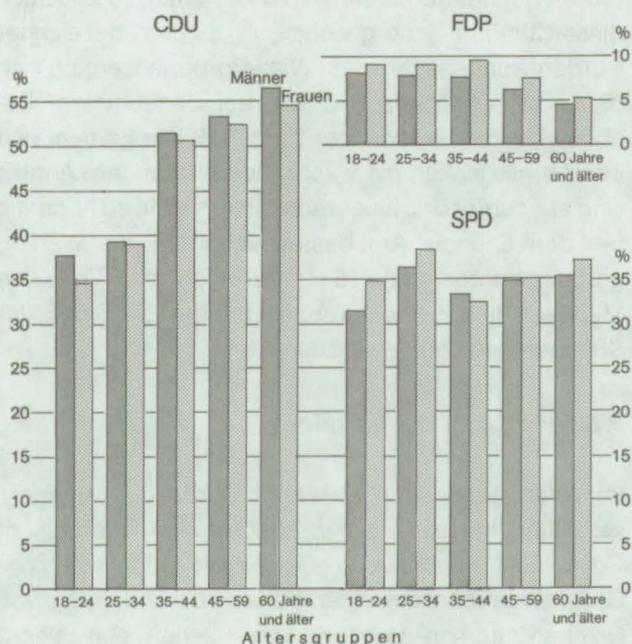
verlor (Männer: - 11,1 Punkte, Frauen: - 7,5 Punkte), liegt sie in keiner Altersgruppe mehr vorn, während dies 1978 noch in den angeführten Altersgruppen der Fall gewesen ist. Die Verluste vermindern sich mit steigendem Alter, und bei den 60 Jahre und älteren Frauen ist der Anteil der SPD unverändert geblieben.

Durch die hohen Verluste in den jüngeren Jahrgängen haben sich die Anteile der SPD in den Altersgruppen einander angeglichen. Vor vier Jahren streuten sie noch zwischen 48,7 % und 36,9 %, also um 11,8 Punkte, aber 1982 nur noch zwischen 32,7 % und 37,2 %, also um 4,5 Punkte. Eine weitere Folge ist, daß jetzt die 60 Jahre und älteren Wähler häufiger ihre Stimme der SPD geben, als die 18 - 24jährigen. Ein führungswahrscheinliches Ergebnis. Und wo sind die Stimmen der jüngeren Wähler geblieben? Bei den Grünen und den Wählergruppen, die hier erheblich über dem Durchschnitt liegende Anteile errungen haben.

Auch bei der FDP hat es einen Wechsel unter den Geschlechtern gegeben. Während ihre Anteile unter den Männern 1978 noch leicht höher waren als unter den Frauen, wurde sie dieses Mal deutlich häufiger von

D 5266 Stat. LA S-H

Stimmenabgabe nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 1982



den Frauen gewählt. Von den Frauen gaben 7,3 % (1978: 7,2 %) ihre Stimme der FDP und von den Männern 6,4 % (7,3 %). Die FDP hat es also nur den Frauen zu verdanken, daß sich ihre Verluste in Grenzen halten, und hierbei besonders den 45 – 59- und den 35 – 44jährigen. Dort verbesserte sie sich um 0,7 und 0,6 Punkte. Bei den jüngeren und jüngsten Wählerinnen gingen dagegen ihre Anteile ebenso wie in fast allen Altersgruppen der Männer zurück. Am größten war der Rückgang unter den 18 – 24jährigen. Insgesamt ist jedoch die Tendenz erhalten geblieben, daß die FDP-Anteile mit steigendem Alter fallen. Am günstigsten schnitt die FDP bei den 35 – 44jährigen Frauen ab (9,5 %), während es 1978 die 18 – 24jährigen Frauen gewesen sind (11,4 %).

Beim SSW ist keine Abhängigkeit der Stimmabgabe vom Alter und Geschlecht feststellbar. Seine Anteile streuen nur geringfügig um den Mittelwert von 1,6 %.

Ganz anders sieht es bei den Grünen aus. Hier dominieren die Männer, und die Stimmenanteile sinken mit wachsendem Alter. Die Grünen erhielten von den Männern 3,6 % der Stimmen und von den Frauen 2,7 %. Erwartungsgemäß schnitten sie bei den 18 – 24jährigen am besten ab. Hier stimmten 10,5 % der Männer und 10,1 % der Frauen für sie. Auch unter den 25 – 34jährigen Männern ist der Anteil mit 8,2 % noch relativ hoch. In den älteren Jahrgängen sind die Anteile aber sehr gering. Da sich hier die Masse der Wähler befindet, ist der Stimmenanteil der Grünen insgesamt auch relativ klein.

Von den für die Wählergruppen insgesamt abgegebenen Stimmen erhielten die „Grünen Wählergruppen“ über acht Zehntel der Stimmen, so daß auch diese Stimmen grob gesehen als „Grüne“ bezeichnet werden können. Bei den Wählergruppen ergibt sich daher ein ähnliches Bild wie bei den Grünen: Die Männer stimmten häufiger für sie als die Frauen, und ihre Anteile sinken mit wachsendem Alter. Ihre Anteile sind aber unter den jüngeren Wählern nicht so hoch wie bei den Grünen. Am besten schnitten die Wählergruppen unter den 18 – 24jährigen ab. Von den Männern dieser Altersgruppe erhielten sie 8,5 % der Stimmen und von den Frauen 7,9 %.

Wählerstruktur der Parteien

Im vorangegangenen Abschnitt wurde die Stimmenverteilung innerhalb einer Altersgruppe oder einem Geschlecht beschrieben. Geht man jedoch von der Gesamtstimmzahl einer Partei aus und fragt, von welchen Altersgruppen und von welchem Geschlecht

die Stimmen kommen, so ergibt sich ein anderes Bild. So stimmten beispielsweise 49,5 % der Frauen für die CDU; andererseits stellen die Frauen aber 53,6 % der CDU-Wähler. Das liegt daran, daß die Altersgruppen unterschiedlich besetzt sind, und vor allem daran, daß die Zahl der Frauen größer ist als die der Männer.

Die Wählerschaft der CDU besteht nach wie vor überwiegend aus Frauen, und zwar sind 53,6 % der CDU-Wähler Frauen. Ihr Anteil ist aber gegenüber den letzten Kommunalwahlen zurückgegangen (1974 und 1978 jeweils 54,8 %) und entspricht fast genau dem Gesamtanteil der weiblichen Wähler (53,7 %). Überdurchschnittlich sind die Anteile der Frauen ab 35 Jahre, während sie in den beiden jüngeren Altersgruppen unterdurchschnittlich sind. Oder anders ausgedrückt: Die älteren Frauen haben ein großes Gewicht unter den CDU-Wählern. Jeder fünfte CDU-Wähler ist nämlich eine über 59 Jahre alte Frau. Das große Gewicht machen auch folgende Zahlen deutlich: 146 000 der CDU-Wählerinnen sind über 59 Jahre alt und nur 23 000 zwischen 18 und 24 Jahre. Dabei muß bedacht werden, daß die junge Altersgruppe im ganzen nur 66 000 Wählerinnen umfaßt, während es bei den älteren Wählerinnen 276 000 sind.

Unter den männlichen CDU-Wählern ergibt sich ein ähnliches Bild. Ihre Anteile sind wie bei den Frauen in den beiden jüngeren Altersgruppen unterdurchschnittlich und in denen ab 35 Jahre überdurchschnittlich. Reichlich jeder vierte CDU-Wähler ist ein Mann, der über 44 Jahre alt ist. Mit zwei absoluten Zahlen soll nochmals das Frauenübergewicht in den oberen Altersgruppen aufgezeigt werden: 185 000 CDU-Wähler waren Männer über 44 Jahre und 242 000 waren Frauen gleichen Alters.

Für beide Geschlechter zusammengefaßt sind die CDU-Anteile ab 35 Jahre überdurchschnittlich. Diese Altersgruppen stellen gut acht Zehntel der CDU-Wähler, während nur drei Viertel aller Wähler dieses Alter haben. Demgegenüber sind nur 18 % der CDU-Wähler unter 35 Jahre alt, aber 23 % von allen Wählern.

Die Wähler der SPD sind ebenfalls überwiegend Frauen, jedoch deutlicher als bei der CDU und erstmals mit einem höheren Anteil (54,7 %) als unter allen Wählern (53,7 %). 269 000 SPD-Wähler sind Frauen und 224 000 oder 45,3 % sind Männer (Durchschnitt: 46,3 %). Vor vier Jahren machte der Frauenanteil in der SPD erst 53 % aus. Er ist bis auf die 35 – 44jährigen in allen Altersgruppen überdurchschnittlich. Ein Drittel, gegenüber drei Zehntel im Jahre 1978, der SPD-Wähler sind über 44 Jahre alte Frauen.

Anteile der Geschlechter und Altersgruppen 1982 an den Stimmen

Altersgruppe (Jahre)	Von den Wählern der ... sind								Von allen Wählern sind			
	CDU		SPD		FDP		Grüne		Wählergruppen			
	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%
Männer												
18 - 24	27	3,9	23	4,6	6	6,0	8	17,3	6	15,7	72	5,1
25 - 34	37	5,3	34	6,9	7	7,4	8	17,5	5	11,9	96	6,8
35 - 44	76	10,9	49	9,9	11	11,4	4	9,0	4	10,4	148	10,4
45 - 59	94	13,4	61	12,4	11	10,9	3	6,6	3	8,9	175	12,3
60 und älter	91	13,0	57	11,5	7	7,2	/	/	/	/	165	11,6
Zusammen	325	46,4	224	45,3	42	42,9	23	53,0	20	51,5	657	46,3
Frauen												
18 - 24	23	3,3	23	4,7	6	6,1	7	15,2	5	13,5	66	4,6
25 - 34	37	5,3	37	7,5	9	8,9	6	13,5	4	10,9	96	6,8
35 - 44	72	10,3	46	9,3	14	13,9	4	7,9	4	10,2	142	10,0
45 - 59	96	13,8	65	13,1	14	14,1	3	6,6	3	8,1	184	12,9
60 und älter	146	20,8	99	20,0	14	14,1	/	/	/	/	276	19,4
Zusammen	375	53,6	269	54,7	56	57,1	21	47,0	19	48,5	764	53,7
Männer und Frauen												
18 - 24	50	7,2	46	9,3	12	12,1	14	32,5	11	29,2	138	9,7
25 - 34	75	10,6	71	14,4	16	16,3	14	31,0	9	22,8	192	13,5
35 - 44	148	21,2	95	19,2	25	25,3	7	16,9	8	20,6	290	20,4
45 - 59	190	27,2	126	25,5	24	25,0	6	13,2	7	16,9	359	25,3
60 und älter	237	33,8	155	31,5	21	21,3	3	6,3	4	10,5	441	31,1
Insgesamt	701	100	493	100	97	100	44	100	39	100	1 421	100

Der Männeranteil der SPD-Wähler war nicht nur insgesamt, sondern auch im Gegensatz zu den bisherigen Wahlen in den meisten Altersgruppen unterdurchschnittlich. Die Altersstruktur der SPD-Wähler entspricht fast der der Wähler insgesamt. Es hat sich also eine Verschiebung in der Altersstruktur der SPD-Wähler ergeben. Vor vier Jahren war nämlich der Anteil in den beiden unteren Altersgruppen überdurchschnittlich und in den anderen unterdurchschnittlich. Nur noch 24 % der SPD-Wähler sind unter 35 Jahre alt gegenüber 28 % im Jahre 1978.

Die Wählerschaft der FDP setzt sich ebenfalls deutlicher als bisher aus Frauen zusammen. Sie weist mit 57,1 % nicht nur einen erheblich über dem Durchschnitt liegenden Frauenanteil aus, sondern hält hier auch den höchsten unter allen Parteien. Bei der letzten Kommunalwahl entsprach der Anteil noch dem Durchschnitt. Relativ hoch ist der FDP-Anteil in den unteren Jahrgängen. Fast 54 % der FDP-Wähler sind unter 45 Jahre alt, aber nur knapp 44 % aller Wähler. Demgegenüber sind drei Zehntel aller Wähler 60 Jahre und älter, aber nur zwei Zehntel der FDP-Wähler.

Bei den Grünen dominieren einerseits die Männer und andererseits die jüngeren Jahrgänge. Die Männer stellen einen Anteil von 53 % und die Frauen entsprechend von 47 %. Fast ein Drittel der Wähler der Grünen sind unter 25 Jahre alt, während es insgesamt knapp ein Zehntel sind. Demgegenüber sind nur 6 % der Wähler der Grünen 60 Jahre und älter, aber gut drei Zehntel aller Wähler. Von den 18 - 24jährigen erhielten die Grünen 14 000 Stimmen und von den 60jährigen und Älteren 3 000.

Bei den Wählergruppen dominieren ebenfalls die Männer (51,5 %) und die jüngeren Jahrgänge. Die Altersstruktur ist jedoch nicht so einseitig wie bei den Grünen. Gut die Hälfte der Wählerschaft der Wählergruppen ist unter 35 Jahre alt (Durchschnitt: 23 %) und ein Zehntel (Durchschnitt: drei Zehntel) 60 Jahre und älter.

Walter Dahms

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht B VII 3 - 6/82.
Vergleiche auch: „Die Kreis- und Gemeindewahl am 5. März 1978 (Teil 5: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht)“ in dieser Zeitschrift, Heft 8/1978, S. 176.

Betriebliche und schulische Berufsausbildung

Junge Menschen haben heute nach Erfüllung ihrer neunjährigen Vollzeitschulpflicht viele Möglichkeiten, sich ausbilden zu lassen. Sie können weiterhin eine allgemeinbildende Schule besuchen, um eine höhere Abschlußqualifikation zu erreichen, sie können eine berufsbildende Schule besuchen, um eine erste berufliche Ausbildung zu erlangen oder um bereits eine Berufsausbildung abzuschließen. Sie können sich aber auch in Betrieben der Wirtschaft und der Landwirtschaft sowie in vergleichbaren Einrichtungen des öffentlichen Dienstes und der freien Berufe sowie in Haushalten ausbilden lassen. Der ersten Ausbildung kann dann eine weitere folgen, so z. B. nach dem Abitur das Hochschulstudium und nach der Berufsausbildung der Besuch einer Fachoberschule oder einer Fachschule.

Die Jugendlichen nutzen diese Möglichkeiten. In Schleswig-Holstein gibt es weit über eine halbe Million Lernende, d. h. jeder fünfte Einwohner des Landes gehört dazu. Zieht man von dieser Zahl die Schüler in allgemeinbildenden Schulen ab, so verbleiben 1980 gut 134 700 Heranwachsende in beruflicher Ausbildung. 1981 ist diese Zahl auf 141 600 geklettert, darunter waren 25 600 Studenten. Dabei ist zu beachten, daß sich alle Aussagen — das gilt auch für die weiteren Ausführungen — auf den Ausbildungsort und nicht auf den Wohnort beziehen. Das heißt, daß z. B. Jugendliche, die in Schleswig-Holstein wohnen und in Hamburg einen Ausbildungsplatz haben, nicht mitgezählt sind.

Für die schulische Ausbildung sind nach der Verfassung der Bundesrepublik die Länder zuständig, für die betriebliche Ausbildung hat der Bund die Gesetzgebungskompetenz. Nicht zuletzt deswegen gibt es auch keine übergreifende Ausbildungsstatistik. Die im vorhergehenden Absatz genannten Zahlen wurden aus der Ausbildungsstatistik, aus den Schulstatistiken, aus der Personalstandstatistik sowie aus der Hochschulstatistik gewonnen und zusammengesetzt. Wie das geschehen ist, wird im Verlauf des Aufsatzes erläutert werden.

Betriebliche Berufsausbildung

Auszubildende — früher Lehrlinge genannt — sind Jugendliche, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages

nach dem Berufsbildungsgesetz in der Regel in einem der rd. 450 staatlich anerkannten Ausbildungsberufe ausgebildet werden. Der Berufsausbildungsvertrag wird zwischen dem Betriebsinhaber und dem Auszubildenden abgeschlossen. Der sachliche und zeitliche Rahmen der Ausbildung im Betrieb ist in der Ausbildungsordnung des jeweiligen Lehrberufes festgelegt. Jugendliche, die in einem Ausbildungsverhältnis stehen, müssen die Berufsschule besuchen und erhalten dort vor allem fachtheoretischen Unterricht. Dieses Zusammenspiel von zwei voneinander unabhängigen Ausbildungsträgern — Betrieb und Berufsschule — mit dem gemeinsamen Ziel, dem Jugendlichen eine berufliche Qualifikation zu vermitteln, ist unter dem Begriff „duales System“ bekannt.

Die Berufsbildungsstatistik wurde bis 1979 auf der Rechtsgrundlage des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes von 1976 geführt. Dieses Gesetz ist vom Bundesverfassungsgericht aus Gründen, die nicht die Statistik betrafen, für nichtig erklärt worden. Um die Berufsbildungsstatistik nicht zu unterbrechen, haben die Spitzenorganisationen der berufsständischen Kammern und alle anderen zuständigen Stellen die Ausbildungsdaten für 1980 in bisheriger Form auf freiwilliger Basis geliefert. Am 23. Dezember 1981 ist ein neues Bundesgesetz verabschiedet worden, und zwar das Gesetz zur Förderung der Berufsbildung durch Planung und Forschung (Berufsbildungsförderungsgesetz). Es gilt für die Berufsbildung, soweit sie nicht in berufsbildenden Schulen durchgeführt wird, die den Schulgesetzen der Länder unterstehen. Auch im neuen Gesetz ist für Zwecke der Planung und Ordnung der Berufsbildung eine jährliche Bundesstatistik angeordnet. Die ersten Ergebnisse auf dieser Rechtsgrundlage liegen für 1981 bereits vor.

1981: Höchstzahl an Auszubildenden

Ende 1981 standen in Schleswig-Holstein — nach vorläufigen Angaben — 74 179 Jugendliche in einer betrieblichen Ausbildung. Das ist — soweit sich das anhand des in den ersten Nachkriegsjahrzehnten unvollständigen Zahlenmaterials abschätzen läßt — die höchste Zahl an Auszubildenden seit Bestehen des Bundeslandes Schleswig-Holstein. An den Erfahrungen von 1981 gemessen sind 60 % der Auszubildenden männlich und 40 % weiblich. Über 80 % der Jugend-

lichen wurden 1981 — wie auch 1980 — in der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet, d. h. 29 284 (39 %) im Ausbildungsbereich Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe) und 31 838 (43 %) im Handwerk. Die Zahl der Auszubildenden hat gegenüber 1980 um 1 389 oder 1,9 % zugenommen. Von den 1,71 Mill. Auszubildenden der Bundesrepublik entfielen 1980 4,2 % auf Schleswig-Holstein, das entspricht genau dem Bevölkerungsanteil unseres Landes im Bundesgebiet. 1981 ist dieser Anteil auf 4,4 % gestiegen, weil die Zahl der Auszubildenden im Bundesgebiet leicht abgenommen und in Schleswig-Holstein zugenommen hat. Der Rückgang der Zahl der Auszubildenden auf 1,68 Mill. hängt — nach Aussagen des Statistischen Bundesamtes — u. a. damit zusammen, daß in Nordrhein-Westfalen, dem volkreichsten Bundesland, die Schulzeit in Hauptschulen von 9 auf 10 Jahre verlängert wurde, was eine Verminderung der Zahl der Schulabgänger im letzten Jahr zur Folge hatte.

Auszubildende im Zeitraum 1973 bis 1981

Mitte Dezember 1972 wechselten durch Organisationserlaß des Bundeskanzlers die Zuständigkeiten für die berufliche Bildung vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zum Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die laufende Berichterstattung über die berufliche Bildung neu geregelt. Es wurde erreicht, daß die statistischen Daten wesentlich verbessert und vor allem im Bereich des öffentlichen Dienstes vervollständigt werden konnten. Für die Gesamtzahl der Auszubildenden gibt es dadurch seit 1973 eine vergleichbare Zeitreihe.

Während sich die Zahl der Jugendlichen in betriebsgebundener Ausbildung in Schleswig-Holstein 1973 bis 1976 kaum verändert hat, nahm sie seitdem erheblich zu, und zwar von 53 800 (31. 12. 1976) auf 74 200 (31. 12. 1981). Diese Entwicklung, die sich auch auf Bundesebene zeigte, ist vermutlich im wesentlichen auf drei Gründe zurückzuführen: Auf das Vorrücken von Jugendlichen aus geburtenstarken Jahrgängen ins Ausbildungsalter, auf eine Vermehrung der Zahl der Ausbildungsplätze, worauf in diesem Zusammenhang hinzuwirken sich die Politiker bemühten, und auf die Tatsache, daß Jugendliche ohne Berufsausbildung immer geringere Beschäftigungschancen haben. Auffallend ist jedoch, daß die Zuwachsrate bei der Zahl der Auszubildenden in den letzten beiden Jahren — wie die Tabelle zeigt — kleiner geworden ist. Bei den weiblichen Auszubildenden hat sie sich 1980 gegen-

über 1979 nahezu halbiert. Andererseits ist der Anteil der Mädchen an der Gesamtheit der Auszubildenden seit 1973 von 38 % auf 40 % gestiegen.

Auszubildende 1973 bis 1981

31. 12.	Auszubildende		
	insgesamt	männlich	weiblich
1973	52 455	32 414	20 041
1974	51 796	32 208	19 588
1975	52 395	32 354	20 041
1976	53 827	33 229	20 598
1977	58 593	36 148	22 445
1978	64 037	39 179	24 858
1979	69 545	42 146	27 399
1980	72 790	43 927	28 863
1981 ^a	74 179	44 576	29 603

a) Vorläufige Zahlen

Am Rande sei erwähnt, daß die Zahl der Auszubildenden nicht nur in der Berufsbildungsstatistik nachgewiesen wird, sondern auch in anderen einmaligen oder laufenden Statistiken: u. a. in der Volks- und Berufszählung sowie in der Arbeitsstättenzählung, in der Handwerkszählung, in der Berufsberatungsstatistik, in der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, in der Erwerbstätigenstatistik (Mikrozensus) und in der Berufsschulstatistik. Da jede Statistik ihre eigene Problemstellung hat und den „Auszubildenden“ deshalb für den besonderen Sachzusammenhang definiert, führen die einzelnen Statistiken auch im Zusammenhang mit abweichenden Erhebungstichtagen, Stichprobenfehlern und systematischen Abweichungen, zu nicht unerheblich verschiedenen Ergebnissen. Während es z. B. nach der Berufsbildungsstatistik am 31. 12. 1981 74 179 Auszubildende in Schleswig-Holstein gab, waren es nach der Berufsschulstatistik am 12. 9. 1981 75 788 Schüler mit Ausbildungsverhältnis, nach der Beschäftigtenstatistik am 30. 6. 1981 67 396 und nach dem Mikrozensus Ende April 1981 78 000 Auszubildende.

Auszubildende nach sieben Ausbildungsbereichen

In der Berufsbildungsstatistik werden sieben Ausbildungsbereiche unterschieden: Industrie und Handel (einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe), Handwerk, Landwirtschaft, öffentlicher Dienst, Freie Berufe, Hauswirtschaft im städ-

Auszubildende nach Ausbildungsbereichen 1973 bis 1981

31. 12.	Auszu- bildende insgesamt	davon im Ausbildungsbereich						
		Industrie und Handel ¹	Hand- werk	Land- wirt- schaft	Öffent- licher Dienst	Freie Berufe	Haus- wirt- schaft ²	See- schiff- fahrt
1973	52 455	22 992	20 587	1 587	2 480	4 809		
1974	51 796	21 787	21 287	1 776	2 075	4 871		
1975	52 395	21 000	21 783	2 060	2 057	5 495		
1976	53 827	21 129	22 602	2 468	1 993	5 635		
1977	58 593	22 874	24 970	2 729	2 105	5 855 ^a	60	
1978	64 037	24 824	27 854	3 070	2 314	5 696	62	217
1979	69 545	27 089	30 547	3 373	2 322	5 985	69	160
1980	72 790	28 752	31 621	3 590	2 296	6 305	67	159
1981 ^b	74 179	29 284	31 838	3 716	2 472	6 567	126	176

1) einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe

2) Hauswirtschaft im städtischen Bereich

a) einschließlich Seeschiffahrt

b) Vorläufige Zahlen

tischen Bereich und Seeschiffahrt. Diese Gliederung deckt sich nicht voll mit der Wirtschaftsgliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige; nach dem Berufsbildungsgesetz richtet sich die Zuständigkeit für die Berufsausbildung vielfach nach der Art des Ausbildungsberufs und nicht nach der Zugehörigkeit des Ausbildungsbetriebs zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich.

Für die Berufsausbildung in Gewerbebetrieben, die nicht Handwerksbetriebe oder handwerksähnliche Betriebe sind, sind die Industrie- und Handelskammern zuständig. Im Bundesgebiet gibt es 69 Kammern, darunter 3 in Schleswig-Holstein, und zwar in Flensburg, Kiel und Lübeck. Diese Kammern sind auch dann zuständig, wenn die Berufsausbildung in anderen Ausbildungsbereichen durchgeführt wird, sich aber auf Ausbildungsberufe der gewerblichen Wirtschaft (außer Handwerk) bezieht. Die **Industrie- und Handels-**kammern haben seit jeher eine Ausbildungsstatistik geführt. Die Ausbildungsdaten liegen hier für 26 Jahre vor, nämlich von 1956 bis 1981. Beim Vergleich dieser Daten fällt allerdings auf, daß die Zahlen aus unterschiedlichen Quellen geringfügig voneinander abweichen. Das hängt im wesentlichen damit zusammen, daß z. B. in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes versucht worden ist, die Angaben früherer Jahre der derzeit gültigen Abgrenzung nach Ausbildungsbereichen anzupassen. Bei einem Zeitvergleich muß u. a. berücksichtigt werden, daß die Gehilfen in wirtschafts- und steuerberatenden Berufen bis einschließlich 1972 zum Ausbildungsbereich Indu-

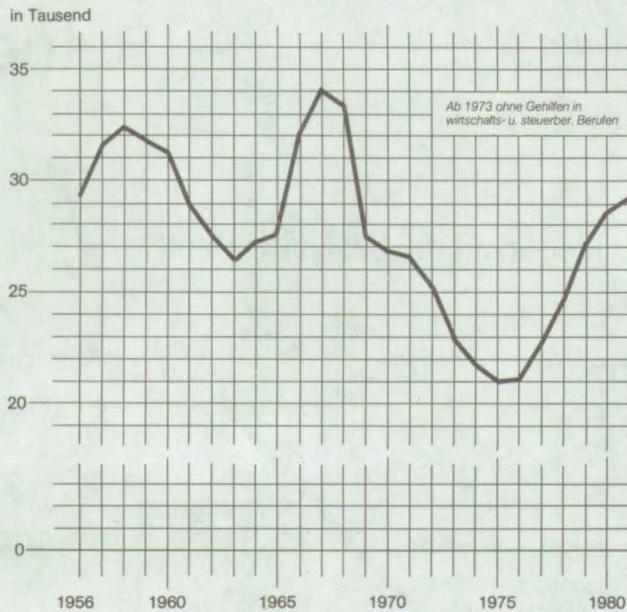
strie und Handel gerechnet wurden; ab 1973 gehören sie zu den freien Berufen. Ferner ist zu beachten, daß das Ausbildungsgefüge 1966/67 in Schleswig-Holstein – wie auch in anderen Bundesländern – ein wenig durcheinander geraten ist. Damals wurde der Schuljahresbeginn vom Frühjahr auf den Herbst umgestellt; in das Jahr 1966 fielen dadurch zwei Schulentlaßtermine.

Die Zahl der Auszubildenden im Ausbildungsbereich Industrie und Handel (immer einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe) bewegte sich in Schleswig-Holstein im letzten Vierteljahrhundert zwischen einem Maximum von 33 200 im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1968 und einem Minimum von 22 000 im Jahre 1975. Diese Zahlen sind voll vergleichbar: durch die Zusammenfassung der drei Jahre 1966 bis 1968 wurden die Auswirkungen der Schuljahresumstellung ausgeschaltet, durch das Hinzurechnen von gut 1 000 Gehilfen in wirtschafts- und steuerberatenden Berufen wurde die Zahl der Auszubildenden des Jahres 1975 der der Jahre 1972 und früher angepaßt. Die Entwicklung der Zahl der Auszubildenden zeigt im letzten Vierteljahrhundert einen fallenden Trend, der lediglich durch ein kurzes Zwischenhoch im Zeitraum 1966 bis 1968 unterbrochen wurde. Die Zahl der Auszubildenden hat zwar nach ihrem Minimum von 1975 von Jahr zu Jahr wieder zugenommen; sie lag jedoch 1981 immer noch um 8 % unter dem Maximalstand von 1966/68. Wenn auch die Gründe für diese Entwicklung vom Statistiker nicht im einzelnen ausgelotet werden können, so fällt

Auszubildende in Industrie und Handel

— einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe —

D 5263 Stat. LA S-H



doch auf, daß der Anteil der weiblichen Auszubildenden Mitte der 70er Jahre unter 50 % sank, während er im Beobachtungszeitraum 1956 bis 1974 sonst immer über 50 % lag, und zwar jeweils mit einem Maximum von 56 % in den Jahren 1960 und 1966. Heute sind Männer- und Frauenanteil fast ausgeglichen. Der Rückgang des Frauenanteils ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Auszubildenden in kaufmännischen Berufen stärker abgenommen hat als die in gewerblichen Berufen. So wurden z. B. im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1968 rd. 25 000 Jugendliche in kaufmännischen und 8 100 in gewerblichen Berufen ausgebildet. 1975 lagen die vergleichbaren Zahlen bei 15 300 (- 39 %) und bei 6 700 (- 17 %). Der Anteil der Auszubildenden in kaufmännischen Berufen an allen Auszubildenden im Bereich von Industrie und Handel ist in den letzten einundeinhalb Jahrzehnten von drei Viertel (1966/68: 75 %) auf zwei Drittel (1981: 67 %) zurückgegangen.

Wenn man den Einfluß der Bevölkerungsentwicklung auf die Ausbildungssituation weitgehend ausschaltet, indem man die Zahl der Auszubildenden auf die gleichaltrige Bevölkerung bezieht, so wird die bereits aufgezeigte Tendenz — weniger Auszubildende in kaufmännischen Berufen, daher weniger Frauen — noch deutlicher sichtbar. Das heißt andererseits, daß es nicht die demographische Komponente gewesen ist, die die Entwicklung der Zahl der Auszubildenden in Industrie und Handel in den vergangenen Jahrzehnten ausschlaggebend bestimmt hat.

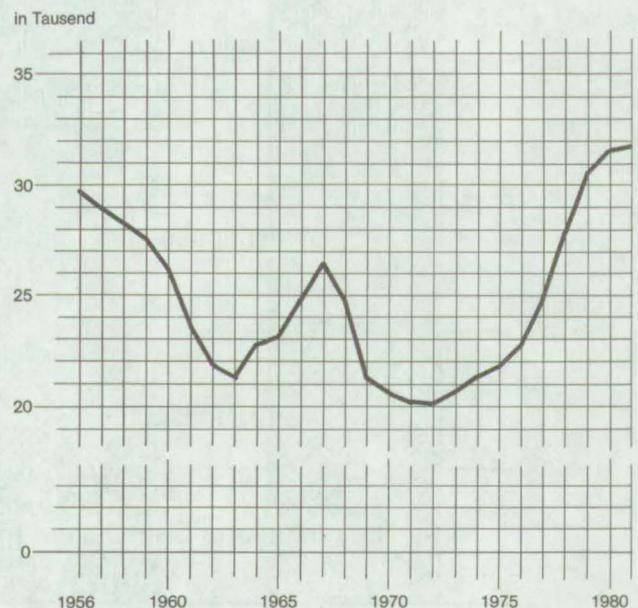
Jahresende	Auszubildende in Industrie und Handel je 1 000 15- bis 19jährige		
	insgesamt	männlich	weiblich
1960	177	150	205
1965	170	146	196
D 1966-1968	204	177	233
1970	171	162	181
1975 ^a	117	116	117
1981 ^a	126	122	131

a) ohne wirtschafts- und steuerberatende Berufe

Für die Berufsausbildung in **Handwerksbetrieben** oder handwerksähnlichen Betrieben, unabhängig davon, ob sich die Berufsausbildung auf handwerkliche oder nicht handwerkliche Berufe bezieht, sind die Handwerkskammern zuständig. Sie sind auch zuständig für die Berufsausbildung in anderen Ausbildungsbereichen, soweit sie in Gewerben der Anlage B zur Handwerksordnung durchgeführt wird. In dieser Anlage sind 40 Gewerbe genannt, die handwerksähnlich betrieben werden können. Im Bundesgebiet gibt es 42 Handwerkskammern, darunter zwei in Schleswig-Holstein (Flensburg, Lübeck). Diese beiden Kammern betreuten 1981 gut 31 800 Auszubildende. Das ist die höchste Ausbildungszahl, die es jemals — zumindest seit 1956 — in diesem Ausbildungsbereich in Schleswig-Holstein gegeben hat. Von den Auszubildenden sind 80 % männlich und nur 20 % weiblich (1981). Ende 1956 hatten sich 29 700 Handwerker in der Ausbildung

Auszubildende im Handwerk 1956 bis 1981

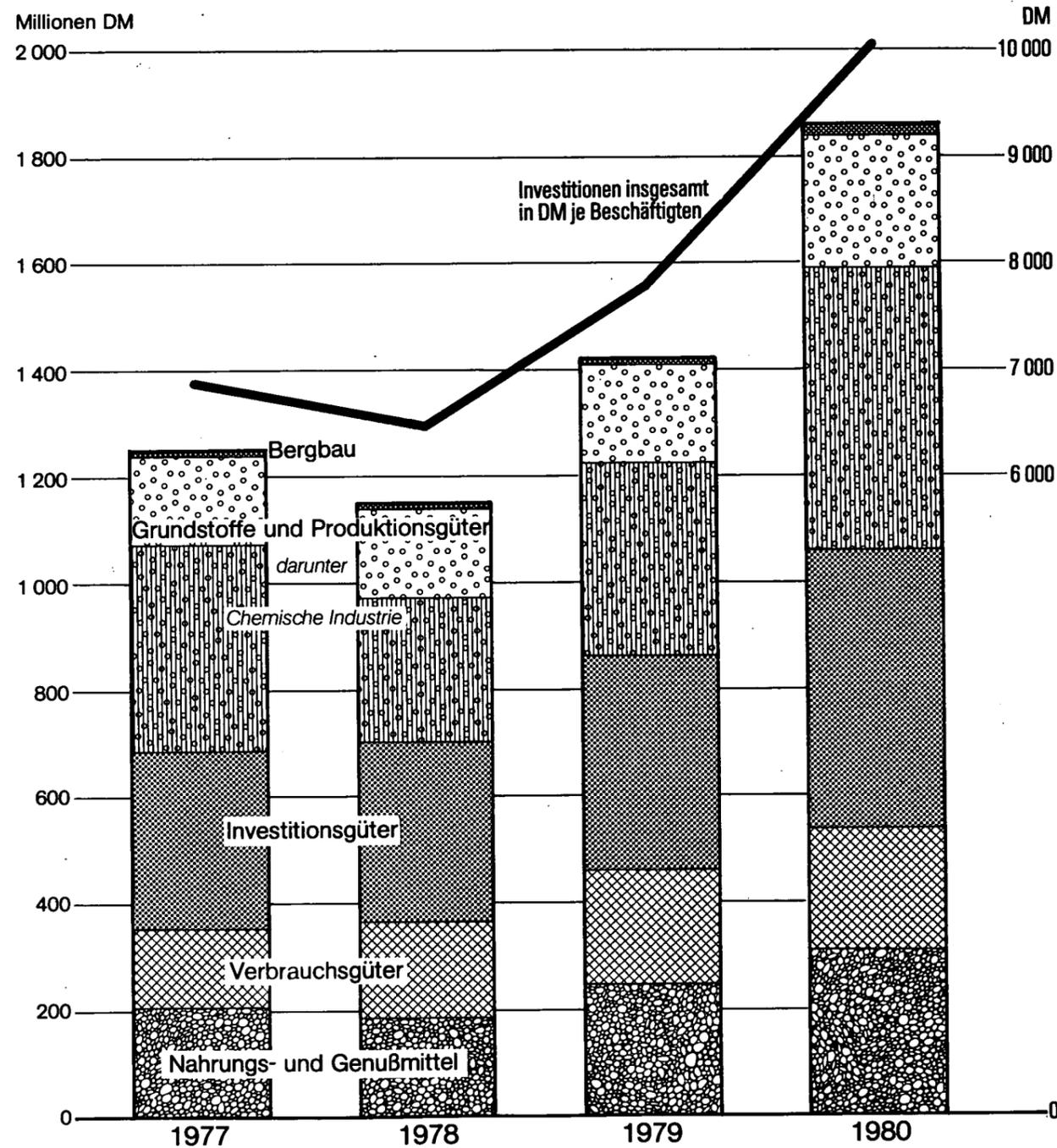
D 5264 Stat. LA S-H



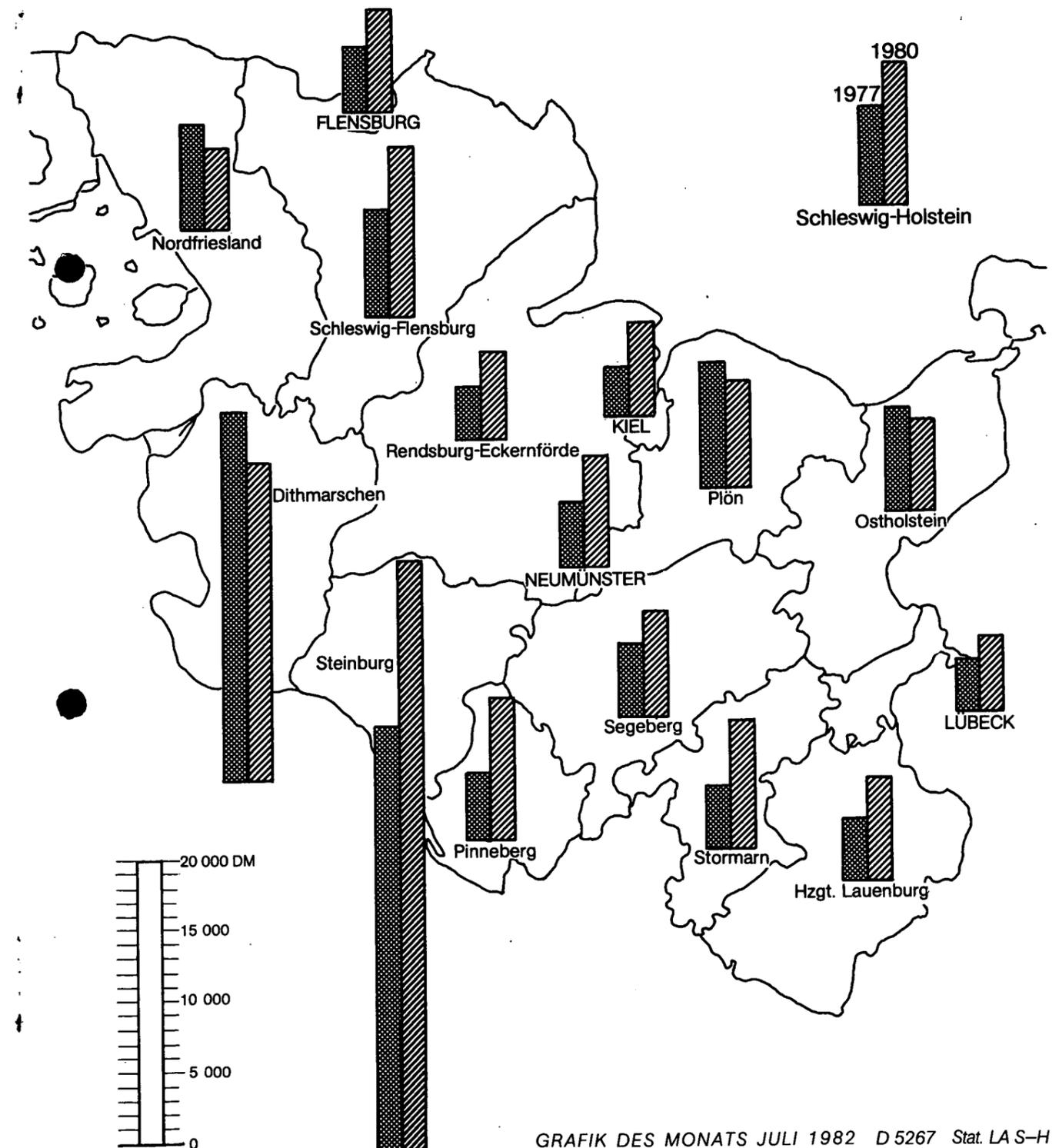
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe – Betriebsergebnisse –

in den Wirtschaftshauptgruppen

und insgesamt je Beschäftigten



in den Kreisen je Beschäftigten 1977 und 1980



befunden. Diese Zahl wurde erstmals wieder 1979, das heißt nach über zwei Jahrzehnten, mit 30 500 Auszubildenden erreicht und überschritten. Dazwischen, nämlich 1972, war sie auf ein Minimum von 20 100 gesunken. Das Handwerk ist unverändert eine Domäne des Mannes. Der Anteil der männlichen Auszubildenden an allen Handwerkslehrlingen lag im Durchschnitt der letzten 25 Jahre bei 82 % mit einer Streuung von lediglich ± 3 %-Punkten. Auch für diesen Ausbildungsbereich ist es möglich, den Einfluß der Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur weitgehend auszuschalten. Die für ausgewählte Jahre errechneten Ziffern unterstreichen und bestätigen die vorstehend gemachten Aussagen:

Jahresende	Auszubildende im Handwerk je 1 000 15- bis 19jährige		
	insgesamt	männlich	weiblich
1960	147	231	57
1965	142	223	54
D 1966-1968	156	245	59
1970	131	210	46
1975	121	195	42
1981	138	212	58

Ungefähr 83 % der Auszubildenden gehören heute zu den beiden Ausbildungsbereichen Industrie und Handel, Handwerk. Über die schulische Vorbildung der Auszubildenden dieser Bereiche gab es zwar 1980 noch keine flächendeckenden statistischen Angaben, aber immerhin erste Anhaltspunkte aus den Auswertungen für einige Industrie- und Handelskammern (11 Kammern mit 219 000 Auszubildenden) und Handwerkskammern (6 Kammern mit 183 000 Auszubildenden) im Bundesgebiet:

Schulische Vorbildung - Schulart ¹ -	Auszubildende am 31.12.1980 bei	
	Industrie- und Handelskammern	Handwerks- kammern
	%	
Hauptschule	47,2	68,2
Sonderschule	1,0	2,8
Realschule	32,4	10,6
Gymnasium/Fachoberschule	6,4	4,0
Berufgrundbildungsjahr	1,6	5,8
Berufsfachschule	9,5	8,4
Berufsaufbauschule/Sonstige	1,9	0,2
Alle Schularten	100	100

1) Abgänger mit und ohne Abschluß der jeweiligen Schulart. Bei den Hauptschulen ist eine geringe Zahl „ohne Angabe“ enthalten.

Quelle: Berufsbildungsbericht 1982

Danach hat ungefähr die Hälfte (50,2 %) der Auszubildenden in Industrie und Handel sowie knapp ein Viertel (23,2 %) der Auszubildenden im Handwerk eine schulische Vorbildung über dem Hauptschulabschluß. Die hohen Anteile für „höhere“ Schulabschlüsse der Auszubildenden im Bereich Industrie und Handel sind vor allem auf die kaufmännischen Ausbildungsberufe zurückzuführen, die häufig von Absolventen der Realschule und des Gymnasiums gewählt werden. Diese Aussage wird durch erste Ergebnisse, die für die Industrie- und Handelskammern in Schleswig-Holstein für 1981 vorliegen, bestätigt. Ob jedoch die Struktur der schulischen Vorbildung der Auszubildenden in diesem Bereich in unserem Lande mit der bundesweiten Sonderauswertung übereinstimmt, läßt sich nicht sagen, u. a. deswegen nicht, weil die Position „ohne Angabe“ mit fast 8 % im hiesigen Material noch zu groß ist.

Für die Auszubildenden in der **Landwirtschaft** ist die Landwirtschaftskammer in Kiel zuständig. Die langfristige Entwicklung der Zahl der Auszubildenden in diesem Bereich folgte dem allgemeinen Strukturwandel in der Landwirtschaft. Von 1956, dem Beginn der vorliegenden Zeitreihe, bis 1972 ist die Zahl der Auszubildenden — nur unterbrochen durch eine leichte Zunahme in den Jahren 1967 bis 1969 — rückläufig gewesen. 1956 wurden gut 4 300 Jugendliche für landwirtschaftliche Berufe ausgebildet. 1972 waren es 1 500, d. h. zwei Drittel weniger als damals. Seitdem steigt die Zahl der Auszubildenden, vermutlich im Zusammenhang mit der allgemeinen, bis jetzt immer noch zunehmenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen, vielleicht aber auch durch die bei den jungen Menschen zu beobachtenden neuen Beziehungen zur Umwelt. Außerdem setzt sich auch in diesem Wirtschaftsbereich — nicht zuletzt wegen der steigenden fachlichen Anforderungen (z. B. in der Anbautechnik) — verstärkt die Meinung durch, daß junge Menschen eine qualifizierte Berufsausbildung haben sollten. Der Trend zum größeren landwirtschaftlichen Betrieb erleichtert es zudem, immer mehr attraktive Ausbildungsplätze zu schaffen.

Ende 1981 hat die Zahl der Auszubildenden im landwirtschaftlichen Bereich mit über 3 700 fast wieder den Stand von 1958 erreicht. Dennoch gehört die Landwirtschaft zu den kleinen Ausbildungsbereichen. 1981 wurden z. B. lediglich 1,6 % der 15- bis 19jährigen für einen landwirtschaftlichen Beruf ausgebildet. Ungefähr ein Fünftel der Auszubildenden sind Mädchen; zum Ausbildungsbereich Landwirtschaft gehört auch die ländliche Hauswirtschaft.

Die Angaben für den **öffentlichen Dienst** geben diesen Ausbildungsbereich nur unvollständig wieder. Das hängt damit zusammen, daß hier lediglich der Teil der Auszubildenden erfaßt wird, der nach den Ausbildungsverordnungen des öffentlichen Dienstes ausgebildet wird. So werden z. B. Jugendliche, die im öffentlichen Dienst ihre Ausbildung in Berufen der gewerblichen Wirtschaft erhalten, als Auszubildende der Bereiche Industrie und Handel oder Handwerk nachgewiesen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gibt es zur Zeit im Bundesgebiet mehr als 100 Stellen, die für die Berufsausbildung im öffentlichen Bereich zuständig sind. Vergleichbare und einigermaßen vollständige Daten liegen erst seit 1973 vor. Seitdem schwankt die Zahl der Auszubildenden im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein zwischen 2 000 und 2 500 ohne erkennbare Entwicklungsrichtung. Im Durchschnitt der Jahre 1973 bis 1981 waren es im Schnitt 2 200 Auszubildende, darunter ungefähr die Hälfte Frauen (1980: 48 %).

Zum Ausbildungsbereich der **freien Berufe** gehören die Berufsausbildung der Rechtsanwalts-, Rechtsbeistands-, Patentanwalts- und Notargehilfen, der Gehilfen in wirtschafts- und steuerberatenden Berufen sowie der Arzt-, Zahnarzt-, Tierarzt- und Apothekenhelfer. Die Zahl der Auszubildenden in diesem Bereich ist in den letzten Jahren — vergleichbare Zahlen liegen erst seit 1978 vor — ständig gestiegen. Ende 1981 waren es knapp 6 600 Auszubildende, fast 900 (15 %) mehr als 1978. Bei den freien Berufen — es sind alles Dienstleistungsberufe — dominiert stark die Frau: 95 % der Auszubildenden sind weiblich. Im Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe tragen die vorstehend genannten Berufe alle, aber auch viele andere zusätzlich die weibliche Form „-in“ (z. B. Arzthelfer/Arzthelferin). Bei den nur mit der männlichen Berufsbezeichnung aufgeführten Ausbildungsberufen stehen der Zulassung von Frauen rechtlich begründete Beschäftigungsverbote entgegen.

Für die Berufsausbildung in der städtischen **Hauswirtschaft** hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung durch Rechtsverordnung 15 Stellen im Bundesgebiet die Zuständigkeit übertragen. In Schleswig-Holstein hatte dieser kleine Ausbildungsbereich, für den in unserem Lande das Kultusministerium zuständig ist, bisher, d. h. zwischen 1977 und 1980, im Schnitt 65 Auszubildende, und zwar nur Frauen. 1981 hat sich diese Zahl infolge Verlängerung der Ausbildungszeit von 2 auf 3 Jahre fast verdoppelt (31. 12. 1981: 126).

Es gibt nur eine zuständige Stelle in der Bundesrepublik für die Berufsausbildung zum Matrosen in der **Seeschifffahrt**, nämlich die Berufsbildungsstelle Seeschifffahrt e. V. in Bremen. Dort waren für Schleswig-Holstein in den letzten vier Jahren zwischen 159 (1980) und 217 (1977) Auszubildende registriert.

Schleswig-Holstein hat — gemessen an den sieben Ausbildungsbereichen — eine andere Ausbildungsstruktur als das Bundesgebiet. In Schleswig-Holstein steht die Ausbildung im Handwerk an erster Stelle, im Bundesdurchschnitt ist es der Bereich Industrie und Handel, ferner hat die Landwirtschaft hier einen höheren Platz in der Rangreihe:

Ausbildungsbereich	Auszubildende 1981 nach Ausbildungsbereichen in %	
	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
Industrie und Handel	39,5	46,0
Handwerk	42,9	40,2
Landwirtschaft	5,0	2,8
Öffentlicher Dienst	3,3	3,2
Freie Berufe	8,9	7,4
Hauswirtschaft	0,2	0,4
Seeschifffahrt	0,2	0,1
Alle Bereiche	100	100

Von den Auszubildenden im Bundesgebiet waren 1980 38 % Frauen, in Schleswig-Holstein dagegen 40 %. Die Frauen sind in beiden Fällen unterrepräsentiert: an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 19 Jahren hatten sie Ende 1980 Anteile von 49 % (Bundesgebiet) und 48 % (Schleswig-Holstein).

Auszubildende in rd. 450 Ausbildungsberufen

Zahl der anerkannten oder als anerkannt geltenden Ausbildungsberufe

Ausbildungsbereich	Anzahl der Berufe	
	1980	1981
Industrie, Handel, Dienstleistungen	263	260
Handwerk	124	123
Industrie und Handwerk	18	18
Landwirtschaft	14	13
Öffentlicher Dienst	21	20
Freie Berufe	8	8
Übrige Bereiche	3	4
Alle Bereiche	451	446

Der Terminus „anerkannter Ausbildungsberuf“ ist durch das Berufsbildungsgesetz festgelegt. Die berufliche Gliederung folgt der vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen „Klassifizierung der Berufe“, die nach Berufsbereichen, -abschnitten, -gruppen, -ordnungen und -klassen geordnet ist. Die Berufsklassen stellen einzelne Berufe, Berufsarten oder zugehörige Spezialisierungsformen dar und entsprechen in der Berufsbildungsstatistik den Ausbildungsberufen. Nach dem Berufsbildungsförderungsgesetz ist das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung beauftragt, das Verzeichnis der anerkannten Ausbildungsberufe zu

führen und zu veröffentlichen¹. Die Zahl der anerkannten oder als anerkannt geltenden Ausbildungsberufe ist im letzten Jahrzehnt immer kleiner geworden. 1972 gab es noch 589 solcher Berufe, 1981 waren es erstmals weniger als 450, nämlich 446. Von

1) Das Institut hatte diese Aufgabe bereits nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz gehabt. Als diese Rechtsgrundlage im Dezember 1980 durch Urteil des Verfassungsgerichts wegfiel, wurde das Verzeichnis 1981 direkt vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft bekanntgemacht

Auszubildende in den 1980 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen

Aus- bildungs- bereich ¹	Ausbildungsberuf	Auszubildende am 31. 12.		Zunahme in %
		1975	1980	
Insgesamt				
Hw	Kraftfahrzeugmechaniker(in)	4 028	4 334	7,6
IH	Verkäufer(in) – 1. Stufe	2 837	3 899	37,4
Hw	Friseur(in)	2 063	2 927	41,9
Hw	Elektroinstallateur(in)	2 689	2 899	7,8
IH	Bürokaufmann (-kauffrau)	2 378	2 738	15,1
Hw	Maurer	849	2 723	220,7
IH	Kaufmann (Kauffrau) im Groß- und Außenhandel	1 882	2 304	22,4
IH	Bankkaufmann (-kauffrau)	1 754	2 070	18,0
Lw	Landwirt(in)	1 170	1 907	63,0
IH	Einzelhandelskaufmann (-kauffrau) – 2. Stufe	1 240	1 898	53,1
Männlich				
Hw	Kraftfahrzeugmechaniker	4 020	4 308	7,2
Hw	Elektroinstallateur	2 687	2 881	7,2
Hw	Maurer	848	2 720	220,8
Lw	Landwirt	1 170	1 862	59,1
Hw	Gas- und Wasserinstallateur	1 085	1 711	57,7
IH	Maschinenschlosser	1 417	1 674	18,1
Hw	Maler und Lackierer	1 189	1 558	31,0
IH	Kaufmann im Groß- und Außenhandel	1 271	1 516	19,3
Hw	Tischler	909	1 487	63,6
Hw	Zimmerer	591	1 412	138,9
Weiblich				
IH	Verkäuferin – 1. Stufe	2 316	3 233	39,6
Hw	Friseurin	2 009	2 829	40,8
IH	Bürokauffrau	2 060	2 435	18,2
FB	Arzthelferin	1 442	1 656	14,8
FB	Rechtsanwalts- und Notargehilfin	1 292	1 652	27,9
Hw	Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk	615	1 475	139,8
FB	Zahnarzthelferin	1 112	1 325	19,2
IH	Bankkauffrau	1 087	1 192	9,7
IH	Einzelhandelskauffrau – 2. Stufe	618	1 121	81,4
FB	Fachhilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen	767	898	17,1

1) Hw = Handwerk, IH = Industrie und Handel, Lw = Landwirtschaft, FB = Freie Berufe

den 1980 insgesamt 451 anerkannten Ausbildungsberufen waren 233 in Schleswig-Holstein vertreten, darunter 71 mit weniger als 10 Auszubildenden und 8 mit mehr als 2 000 Auszubildenden.

Seit Jahren ist zu beobachten, daß sich die Ausbildung auf nur wenige Berufe konzentriert. Das ist z. T. auf regionale Unterschiede zurückzuführen sowie auf die Tatsache, daß es seltene Ausbildungsberufe gibt. So ist es einleuchtend, daß in Schleswig-Holstein z. B. keine Winzer oder Bergmechaniker ausgebildet werden, und verständlich, daß es hier z. B. keinen angehenden Notenstecher oder Glockengießer gibt: in diesen beiden Berufen wurde 1980 im gesamten Bundesgebiet nur je ein Jugendlicher ausgebildet. Es gibt auch vorübergehende Modeberufe und solche, bei denen irgendwann eine Sättigung erreicht wird. Die Hälfte — genau 48 % — aller männlichen Auszubildenden verteilte sich 1980 in Schleswig-Holstein auf die zehn am stärksten besetzten Berufe. Die weiblichen Auszubildenden konzentrierten sich noch mehr auf bestimmte Berufe. Fast zwei Drittel (62 %) von ihnen waren in einem der zehn von weiblichen Jugendlichen bevorzugten Ausbildungsberufe tätig. Damit ist die Ausbildungskonzentration in Schleswig-Holstein, vor allem bei den jungen Männern, noch größer als im Bundesdurchschnitt, für den die entsprechenden Werte, bei etwas anderer Berufszusammensetzung, bei 40 % und 61 % lagen. Bei den jeweils beiden beliebtesten Ausbildungsberufen, Kraftfahrzeugmechaniker und Elektroinstallateur sowie Verkäuferin und Friseurin, gab es keine Unterschiede zum Bundesdurchschnitt.

Erwähnenswert ist die in der Ausbildungsordnung festgelegte Stufenausbildung; es können sachlich und zeitlich besonders geordnete, aufeinander aufbauende Stufen der Berufsausbildung festgelegt sein, nach denen die Berufsausbildung entweder abgeschlossen oder fortgesetzt werden kann. So gibt es z. B. eine gestufte Ausbildung im Einzelhandel: nach zwei Jahren ist der Auszubildende Verkäufer/Verkäuferin (1. Stufe) und nach einem weiteren Ausbildungsjahr Einzelhandelskaufmann/-kauffrau (2. Stufe). Zählt man zu diesen beiden Berufen, die zum Ausbildungsbereich Industrie und Handel gehören, noch den Beruf der Verkäufer(in) im Nahrungsmittelhandwerk, für den der Bereich Handwerk zuständig ist, dann ergibt sich, daß 1980 in Schleswig-Holstein jeder fünfte (20 %) weibliche Auszubildende im Einzelhandel beschäftigt war, im Bundesgebiet war es lediglich jeder zwölfte (8,5 %). Es gibt auch andere Ausbildungsberufe mit Stufenausbildung. So kennt z. B. die Bekleidungsindustrie sogar eine dreistufige Ausbildung: nach dem ersten Ausbildungsjahr Bekleidungsnaher/-näherin,

nach dem zweiten Jahr Bekleidungsfertiger/-fertigerin und nach dem dritten: Bekleidungsschneider/-schneiderin. Die einzelnen Stufen sind durch Zwischen- oder Abschlußprüfungen voneinander abgesetzt.

Berufsausbildung Behinderter

Um eine auf die besonderen Belange von Behinderten abgestellte Berufsausbildung zu ermöglichen, dürfen nach dem Berufsbildungsgesetz und nach der Handwerksordnung Behinderte in nicht anerkannten Ausbildungsberufen und außerhalb des von der Ausbildungsordnung vorgeschriebenen Ausbildungsgangs ausgebildet werden. Die zuständigen Stellen, vor allem die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern, können Vorschriften für die Ausbildung Behinderter erlassen. Dabei handelt es sich z. T. um Grundsätze für eine behindertengerechte Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, z. T. um besondere Regelungen für „Behinderten-Ausbildungsberufe“. 1980 gab es im Bundesgebiet 249 Regelungen für die Berufsausbildung Behinderter und 1981 bereits 264. Sie betreffen nunmehr 91 statt bisher 86 Berufe.

Auszubildende in Ausbildungsgängen für Behinderte 1980

Ausbildungsbereich Ausbildungsberuf	Auszubildende
Industrie und Handel	
Werkzeugmaschinenwerker	29
Feinmechanikerwerker	7
Metallarbeiter	6
Beikoch	23
Büropraktiker	7
Handwerk	
Schweißer	1
Schlosserwerker	63
Mechanikerwerker	7
Metallwerker	10
Bäckerwerker	15
Polsterer- und Dekorationswerker	13
Tischlerwerker	41
Malerwerker	34
Wäscher- und Plätterwerker	13
Hauswirtschaft (im städtischen Bereich)	
Hauswirtschaftstechnischer Betriebshelfer	30
Insgesamt	299

Am 31. 12. 1980 befanden sich in Schleswig-Holstein 299 Auszubildende in Ausbildungsgängen für Behinderte. Sie wurden in 15 Berufen ausgebildet, und zwar vor allem im handwerklichen Bereich. Der Anteil Schleswig-Holsteins an den behinderten Auszubildenden im Bundesgebiet war mit fast 10 % überdurchschnittlich hoch.

Schulische Berufsausbildung

Ein Teil der Berufsausbildung findet in Schulen statt. Dabei ist der Besuch einer beruflichen Vollzeitschule für viele Jugendliche eine Alternative zur betrieblichen Berufsausbildung, z. T. eine Alternative auf Zeit, an die sich eine betriebliche Berufsausbildung anschließt, z. T. aber auch eine endgültige Alternative, die mit einem Berufsabschluß enden kann. Eine berufsbildende Schule kann aber auch der beruflichen Weiterbildung dienen, nämlich dann, wenn bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen ist und vielleicht auch schon Berufserfahrung vorhanden ist. Da die berufsbildenden Schulen in ihrer Vielfalt für den Nichtfachmann schwer überschaubar sind, soll versucht werden, hier ein wenig Transparenz zu vermitteln, und zwar im Hinblick auf die Möglichkeiten einer beruflichen Ausbildung. Ausgeschaltet werden kann sogleich die Berufsschule, die — wie bereits ausgeführt wurde — im dualen System die betriebliche Ausbildung durch theoretischen Unterricht unterstützt.

Die verbleibenden berufsbildenden Schulen lassen sich — trotz großer Unterschiede — in vier Kategorien einteilen:

- berufsvorbereitende Schulen
- Schulen, die erste berufliche Bildung vermitteln
- Schulen, die zu einem ersten Berufsabschluß führen
- Schulen, die einen Berufsabschluß und z. T. Berufserfahrung voraussetzen.

Berufsvorbereitende Schulen

Jugendliche, die nicht sofort in das berufliche Bildungssystem eintreten können, haben die Möglichkeit, sich auf unterschiedliche Weise auf das Berufs- und Erwerbsleben vorzubereiten. Für Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis ist neben der dreijährigen Berufsschule in Teilzeitform eine neue Art von Berufsschule

geschaffen worden, nämlich das berufsbefähigende Jahr als Vollzeitjahr. Die Jugendlichen können ferner berufsvorbereitende Lehrgänge besuchen, die von außerschulischen Trägern (Jugendaufbauwerk, Bundesanstalt für Arbeit u. a.) in Zusammenarbeit mit der Berufsschule durchgeführt werden. Im berufsbefähigenden Jahr können die Schüler zwischen den Bereichen Wirtschaft und Verwaltung, Technik, Hauswirtschaft sowie Garten- und Landbau wählen. Durch den Unterricht in allgemeinen und fachorientierten Fächern zusammen mit einer fachpraktischen Ausbildung erhöhen die Jugendlichen ihre Chance für eine Berufsausbildung oder schaffen sich zumindest eine bessere Grundlage für ihren Eintritt in das Erwerbsleben. Das berufsbefähigende Jahr gibt auch die Möglichkeit, gleichzeitig einen etwa fehlenden Hauptschulabschluß zu erwerben.

Jugendliche in berufsvorbereitenden Schulen

Stichtag der Erhebung ¹	Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis			
	in Berufsschulen (Teilzeitform)	darunter im JAW	in Maßnahmen der Arbeitsverwaltung	im berufsbefähigenden Jahr
1. 10. 1977	7 208	1 295	497	783
30. 9. 1978	7 922	1 281	768	810
22. 9. 1979	6 633	1 267	672	834
20. 9. 1980	6 588	1 424	978	880
12. 9. 1981	7 092	1 517	1 463	1 039

1) Der Erhebungsstichtag hängt vom Ende der Sommerferien ab

1981 bereiteten sich rd. 8 100 Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis in Teilzeit- oder in Vollzeitberufsschulen (berufsbefähigendes Jahr) auf die Berufsbildung oder auf das Arbeitsleben vor. Der Anteil der Jugendlichen im berufsbefähigenden Jahr an allen Jugendlichen in diesen Schulen ist von Jahr zu Jahr größer geworden und lag 1981 bei 15 %. Das ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis das berufsbefähigende Jahr anstelle von drei Jahren Teilzeitunterricht wählen, um der Berufsschulpflicht zu genügen. Auffallend ist, daß sich die Geschlechterrelation in den letzten Jahren verschoben hat: 1977 waren von den Jugendlichen in berufsvorbereitenden Maßnahmen 58 % Mädchen, 1981 sind es dagegen nur noch 50 % gewesen.

Schulen für erste berufliche Bildung

Eine berufliche Grundbildung vermitteln — wenn auch auf unterschiedlichem Niveau — das Berufsgrundbildungsjahr, einige Berufsfachschulen und das Fachgymnasium. Das Berufsgrundbildungsjahr ist eine besondere Form der Berufsschule. In ihm werden die Jugendlichen mit den gemeinsamen Grundkenntnissen und Fertigkeiten mehrerer Berufe, die zu einem „Berufsfeld“ (Wirtschaft und Verwaltung, Metalltechnik, Elektrotechnik, Bautechnik usw.) zusammengefaßt werden können, vertraut gemacht. Der Jugendliche, der seine Vollzeitschulpflicht erfüllt hat, kann das BGJ als kooperatives Berufsgrundbildungsjahr — die Ausbildung wird von einem Ausbildungsbetrieb und der Berufsschule gemeinsam betrieben — oder als schulisches Berufsgrundbildungsjahr — die Ausbildung obliegt der Berufsschule allein — besuchen. Das Berufsgrundbildungsjahr wird auf die Dauer einer nachfolgenden Berufsausbildung angerechnet und bietet ebenfalls die Möglichkeit, einen fehlenden Hauptschulabschluß nachzuholen. Die Zahl der Schüler im Berufsgrundbildungsjahr ist seit 1977 erheblich angewachsen, und zwar von 1 389 Schülern auf 3 629 im Jahre 1981. Das entspricht einer Zunahme von 2 240 Schülern oder 161 %. Dieser Wert allein läßt nicht erkennen, daß es wiederum die jungen Männer sind, deren Zahl im letzten halben Jahrzehnt weit überdurchschnittlich zugenommen hat.

Geschlecht	Jugendliche im Berufsgrundbildungsjahr			
	1977	1981	Zunahme	
			Anzahl	%
Männlich	703	2 610	1 907	271
Weiblich	686	1 019	333	49
Insgesamt	1 389	3 629	2 240	161

Die Berufsfachschulen sind Vollzeitschulen mit unterschiedlichen Lehrinhalten und Zielen (Schultyp I, II und III). Die Berufsfachschule des Typs I, die von Hauptschülern mit gutem Abschluß besucht wird, vermittelt eine erste berufliche Bildung in den Fachrichtungen Wirtschaft (mit den Schwerpunkten Recht, Volkswirtschaft und Sekretariat), Technik (mit den Schwerpunkten Metalltechnik, Elektrotechnik und Bautechnik) und Sozialwirtschaft (mit den Schwerpunkten Ernährung und Hauswirtschaft, Textil und Bekleidung sowie Gesundheit). Die Schüler verlassen die Schule nach zwei Jahren mit einem Abschluß, der dem Realschul-

abschluß gleichwertig ist. Der Besuch der Berufsfachschule (Typ I) wird zudem mit einem Jahr auf die Dauer einer folgenden Berufsausbildung angerechnet. Die Zahl dieser Berufsfachschüler erhöhte sich im Zeitraum 1977 bis 1981 von 5 274 auf 7 674 bei einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von 10 % mit einer Streuung von ± 3 Prozentpunkten. Der Anteil der weiblichen Jugendlichen an allen Berufsfachschülern (im Schultyp I) pendelte in den letzten fünf Jahren um 60 %.

Jugendliche mit einem überdurchschnittlich guten Realschulabschluß haben die Möglichkeit, in drei Jahren die Hochschulreife zusammen mit einer beruflichen Grundbildung in einem Fachgymnasium zu erwerben. Das Fachgymnasium, in dem in der Organisationsform der Studienstufe unterrichtet wird, führt die Zweige Wirtschaft, Technik und Sozialwirtschaft. Die Zahl der Schüler in Fachgymnasien hat 1981 erstmals die Grenze von 5 000 überschritten. Sie lag mit knapp 5 400 Schülern um ein Drittel höher als 1977 mit fast 4 000 Schülern. Der Anteil der Frauen an den Fachgymnasiasten hat seit 1977 (37 %) ständig zugenommen und 1981 42 % erreicht. Dabei sind die Schülerinnen erwartungsgemäß im Zweig Technik unter- und im Zweig Sozialwirtschaft überrepräsentiert.

Personen in einer beruflichen Grundbildung

Stichtag der Erhebung	Schüler		
	im Berufsgrundbildungsjahr ¹	in der Berufsfachschule Typ I ²	im Fachgymnasium ³
1. 10. 1977	1 389	5 274	3 992
30. 9. 1978	1 750	5 759	3 844
22. 9. 1979	2 378	6 503	4 175
20. 9. 1980	3 021	7 205	4 760
12. 9. 1981	3 629	7 674	5 353

1) schulisch und kooperativ

2) in den Fachrichtungen Wirtschaft, Technik, Sozialwirtschaft

3) in den Zweigen Wirtschaft, Technik, Sozialwirtschaft

Schulen für einen ersten Berufsabschluß

Die Jugendlichen können in einer berufsbildenden Schule einen ersten Berufsabschluß erwerben, und zwar entweder in einem anerkannten Ausbildungsberuf oder in einem Beruf, dessen Abschluß nur an

Schulen möglich ist. In Schleswig-Holstein gibt es drei anerkannte Ausbildungsberufe, deren Abschluß an einer Berufsfachschule vom Typ II erreicht werden kann. In diesen drei Berufen zusammen wurden 1981 716 Jugendliche, darunter 698 Frauen ausgebildet, nämlich 546 Bürogehilfinnen, 139 Hauswirtschaftlerinnen und 30 Bildhauer. Aufnahmevoraussetzung für diese Berufe ist der Hauptschulabschluß. Nach 2 Jahren (für Bürogehilfinnen) sowie nach 3 Jahren (für Hauswirtschaftlerinnen und Bildhauer) steht eine Ausbildungsabschlußprüfung bei der zuständigen Kammer oder Stelle nach dem Berufsbildungsgesetz. Zusätzlich ist der Erwerb eines dem Realschulabschluß gleichwertigen Abschlusses möglich.

Zu den Berufen, die nur an einer Schule abgeschlossen werden können, gehören die zahlreichen „Assistenten-Berufe“. Ihre Ausbildung liegt an einer Berufsfachschule des Typs III oder an einer Schule des Gesundheitswesens. Alle diese Berufe setzen den Realschulabschluß voraus und haben eine Ausbildungsdauer von zwei Jahren. In Schleswig-Holstein wird gegenwärtig in zwölf unterschiedlichen „Assistenten-Berufen“, die — an der Zahl der Auszubildenden gemessen — überwiegend Berufe für Frauen sind, ausgebildet.

Beruf	Zahl der Auszubildenden am 12. 9. 1981	
	männlich	weiblich
Chemisch-technischer Assistent	19	19
Pharmazeutisch-technischer Assistent	3	117
Wirtschaftsassistent (mit den Schwerpunkten Fremdsprachen, Rechnungswesen und Organisation, Sekretariat)	409	977
Milchwirtschaftlich-technischer Assistent	2	31
Landwirtschaftlich-technischer Assistent	5	34
Physikalisch-technischer Assistent	60	15
Mathematisch-technischer Assistent	48	21
Elektronik-Assistent	49	3
Medizinisch-technischer Laboratoriumsassistent	13	287
Medizinisch-technischer Radiologieassistent	9	96
Diätassistent	1	18
Medizinisch-technischer Assistent	22	383
Insgesamt	640	2 001

Die vorstehend genannten 2 641 Auszubildenden, die zum Teil die Möglichkeit haben, zusätzlich die Fachhochschulreife zu erwerben, werden sich nach erfolgreichem Ausbildungsabschluß staatlich geprüfte Assistenten (z. B. staatlich geprüfter Elektronikassistent)

oder technische Assistenten (pharmazeutisch-technischer Assistent) nennen dürfen. Es gibt noch eine Reihe weiterer Berufe, deren Ausbildung an der Schule abgeschlossen wird. Dazu gehören zwei Berufe, die einen Realschulabschluß voraussetzen, nämlich staatlich geprüfte Gymnastiklehrerin und Krankengymnastin. In diesen beiden Berufen wurden 1981 insgesamt 294 Jugendliche ausgebildet, darunter 281 Frauen. Bei einigen Pflege- und Gesundheitsberufen genügt als Ausbildungseinstieg der Hauptschulabschluß. Zu diesen Berufen gehören: Kinderpflegerin, Krankenpflegehelfer, Masseur und medizinischer Bademeister sowie Hebamme. Diese vier Berufe hatten 1981 zusammen 735 Auszubildende, darunter waren lediglich 55 männlich. Die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfte Kinderpflegerin“ wird allerdings erst nach einem abzuleistenden Anerkennungsjahr verliehen.

Wer Krankenschwester/Krankenpfleger oder Kinderkrankenschwester werden will, muß drei Jahre eine Krankenpflege- oder Kinderkrankenpflegeschule an einem Krankenhaus besuchen. Diese beiden traditionsreichen Berufe hatten 1981 zusammen 2 338 Auszubildende, darunter waren 345 angehende Krankenpfleger und sogar ein Kinderkrankenpfleger. Die Aufnahmevoraussetzungen für den Besuch einer Krankenpflege- oder Kinderkrankenpflegeschule sind vielfältig; es kann der Realschulabschluß sein, aber auch ein Hauptschulabschluß und abgeschlossene Berufsausbildung oder Hauptschulabschluß und Besuch der Pflegevorschule oder Erlaubnis als Krankenpfleger/in und 3jährige Bewährung im Beruf. In der Skala der Berufe, deren Abschluß an einer Schule erworben

Schulen, die zu einem ersten Berufsabschluß führen

Stichtag der Erhebung	Schüler in			
	der Berufsfachschule Typ II ¹	Typ III ²	der Berufsakademie	einer Schule des Gesundheitswesens ³
1. 10. 1977	172	1 811	123	2 769
30. 9. 1978	430	1 943	120	2 799
22. 9. 1979	687	2 014	149	3 013
20. 9. 1980	673	2 312	157	3 171
12. 9. 1981	716	2 417	201	3 186

- 1) die auf den Abschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf vorbereitet (1977: Bürogehilfin, 1978: Bürogehilfin, Hauswirtschaftlerin, ab 1979: zusätzlich Bildhauer)
- 2) die auf einen ersten Berufsabschluß vorbereitet, der nur an Schulen erworben werden kann
- 3) ohne Schule für Altenpflege; der Beruf des Altenpflegers setzt eine abgeschlossene Berufsausbildung voraus

werden kann, soll der Betriebswirt (BA) nicht vergessen werden. Er besucht die Berufsakademie mit der Fachrichtung Wirtschaft. Diese Berufsakademie bietet dem Abiturienten eine Alternative zum Hochschulstudium. Sie vermittelt ihm — gemeinsam mit einem Betrieb — in drei Jahren eine wissenschaftsbezogene und praxisorientierte berufliche Bildung. Die Zahl der Schüler an der Berufsakademie hat sich in den letzten Jahren ständig erhöht und 1981 die Grenze von 200 überschritten. Inzwischen konnte die Berufsakademie ihr Angebot durch die Fachrichtung Technik erweitern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß es 1981 in Schleswig-Holstein Auszubildende in 24 Berufen gab, für die an einer berufsbildenden Schule ein erster Berufsabschluß erworben werden kann. Diese Schulen wurden von 6 520, vor allem weiblichen (82 %), Schülern besucht. Damit hat sich ihre Schülerzahl seit 1977 um 1 645 oder um gut ein Drittel erhöht.

Schulen nach Berufsabschluß

Jugendliche, die bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, können sich an einer berufsbildenden Schule weiterbilden. Auch hierfür stehen unterschiedliche Schularten zur Verfügung. Die Berufsaufbauschule vermittelt, so steht es im Schleswig-Holsteinischen Schulgesetz von 1978, Schülern mit Hauptschulabschluß während oder nach einer Berufsausbildung einen Abschluß, der dem Realschulabschluß gleichwertig ist. Die Schüler erweitern ihr Allgemeinwissen und vertiefen gleichzeitig ihr Fachwissen. Die Berufsaufbauschule wird als Vollzeit- oder Teilzeitschule betrieben. Die Vollzeitform setzt den Abschluß der Berufsausbildung voraus, und der Unterricht dauert ein Jahr. Die Teilzeitform kann, wenn ein Berufsausbildungsvertrag vorliegt, bereits während der Berufsausbildung besucht werden. Der Unterricht dauert dann 3 bis 3 ½ Jahre und liegt an mehreren Nachmittagen oder Abenden der Woche oder am Sonnabend. Die Berufsaufbauschule hatte in den letzten Jahren durchschnittlich 400 bis 500 Schüler. Die meisten, nämlich über 70 %, besuchten die einjährige Vollzeitschule. Der Anteil der jungen Frauen war mit 20 % bis 30 % recht niedrig.

Die einjährige Fachoberschule bietet befähigten Jugendlichen mit Realschulabschluß, die eine berufliche Erstausbildung abgeschlossen haben, die Chance, sich für ein Fachhochschulstudium zu qualifizieren. Die Fachoberschule führt die Fachrichtungen Wirtschaft, Technik und Sozialwirtschaft. Sie erfreut sich — an der Entwicklung der Schülerzahl gemessen —

steigender Beliebtheit. Die Schülerzahl kletterte in wenigen Jahren von 317 (1977) auf 859 (1981). Der Frauenanteil blieb mit durchschnittlich 19 % im gesamten Beobachtungszeitraum gering.

Die Fachschule vermittelt nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung durch Weiterbildung vertiefte berufliche Fachkenntnisse. Voraussetzung für die Aufnahme ist der Hauptschul- oder der Realschulabschluß. Die Palette der Möglichkeiten, durch den Besuch einer Fachschule im Beruf aufzusteigen, ist umfangreich. Außerdem bietet sich noch in vielen Ausbildungsgängen die Gelegenheit, zusätzlich eine höhere Schulabschlußqualifikation (z. B. einen dem Realschulabschluß gleichwertigen Abschluß oder die Fachhochschulreife) zu erreichen. Es gibt Fachschulen für Wirtschaft, Technik, Seefahrt, Hauswirtschaft, Sozialpädagogik und Landwirtschaft. Das Bild wird noch bunter, wenn z. B. alle Fachrichtungen, die an den Fachschulen für Technik angeboten werden, aufgezählt werden: Bautechnik, Bildhauerei, Chemietechnik, Elektrotechnik, Hörgeräteakustik, Holztechnik, Konserventechnik, Maschinenteknik, Medizintechnik, Raumgestaltung und Innenausbau, Schiffsbetriebstechnik und Vermessungstechnik. An der Fachschule für Wirtschaft werden die Fachrichtungen Betriebswirtschaft und Touristik gelehrt und an der Fachschule für Seefahrt die Fachrichtungen Nautik und Funktechnik. Die jungen Frauen haben — in Abhängigkeit von ihrer schulischen Vorbildung — die Möglichkeit, an der einjährigen Fachschule für Hauswirtschaft „staatlich geprüfte Wirtschaftlerin“ und an der zweijährigen „staatlich geprüfte Hauswirtschaftsleiterin“ zu werden. Die Fachschule für Sozialpädagogik — obligatorisch ist ein einjähriges Praktikum — bildet den staatlich anerkannten Erzieher aus und ermöglicht ihm, sein Berufsfeld durch eine sonderpädagogische Zusatzausbildung noch zu erweitern. Die Weiterbildung zum Altenpfleger erfolgt nach einer bereits abgeschlossenen Berufsausbildung in zwei Jahren an einer entsprechenden Fachschule. Im landwirtschaftlichen Bereich werden gleichfalls Berufsabschluß und Berufserfahrung groß geschrieben. Das sind auch die Aufnahmevoraussetzungen für die Fachschulen für Landwirtschaft sowie für die der ländlichen Hauswirtschaft. An der Landwirtschaftsschule wird — auf der Grundlage des Hauptschulabschlusses — an zwei aufeinanderfolgenden Winterhalbjahren unterrichtet. Nach erfolgreichem Abschluß wird den Teilnehmern die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Wirtschaftler“ verliehen. Die zweijährige Fachschule, nämlich die der Landwirtschaftsschule angeschlossene höhere Landbauschule, die den Realschulabschluß voraussetzt, berechtigt nach erfolgreichem Abschluß zum Führen

der Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Landwirt“. Der ländlich-hauswirtschaftliche Betrieb unterscheidet sich auch heute noch vom städtisch-hauswirtschaftlichen Betrieb. In der einjährigen Fachschule für ländliche Hauswirtschaft ist die Ausbildung daher speziell auf den ländlichen Betrieb abgestellt, und die ehemalige Hauptschülerin kann sich auf dieser Schule zur „staatlich geprüften Wirtschaftlerin der ländlichen Hauswirtschaft“ ausbilden lassen. Die junge Frau, die den Realschulabschluß hat und die in der bisherigen Ausbildung gezeigt hat, daß sie für eine leitende Tätigkeit in einem hauswirtschaftlichen Betrieb geeignet ist, hat die Möglichkeit, eine zweijährige Fachschule, die Landfrauenschule, zu besuchen und den Berufsabschluß einer „staatlich geprüften ländlichen Hauswirtschaftsleiterin“ zu erwerben.

Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und z. T. Berufserfahrung

Stichtag der Erhebung	Schüler in der			
	Berufsaufbauschule ¹	Fachoberschule	Fachschule ²	Fachschule für Altenpflege
1. 10. 1977	532	317	3 505	39
30. 9. 1978	490	334	3 485	62
22. 9. 1979	397	472	3 675	23
20. 9. 1980	465	593	3 998	54
12. 9. 1981	464	859	4 265	105

1) Voll- und Teilzeitform

2) ohne Berufspraktikanten

1981 besuchten 4 265 Schüler mit abgeschlossener Berufsausbildung eine Fachschule, darunter 1 730 (40 %) Frauen. Die meisten Schüler hatten die Fachschulen für Landwirtschaft (einschließlich ländliche Hauswirtschaft) mit 1 277 Schülern, gefolgt von den Fachschulen für Sozialpädagogik (einschließlich Sonderpädagogik, aber ohne Berufspraktikanten) mit 1 224 Schülern und den Fachschulen für Technik mit 1 081 Schülern. Wesentlich weniger Schüler hatten die Fachschulen für Wirtschaft (326 Schüler), für städtische Hauswirtschaft (282) sowie für Seefahrt (75). Selbst diese grobe Einteilung nach der Art der Fachschulen läßt erkennen, wie vielfältig die Gegebenheiten für einen bereits „fertig Ausgebildeten“ sind, durch schulische berufliche Weiterbildung seine zukünftigen Chancen im Erwerbsleben zu verbessern.

Auszubildende in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis

Nicht zu den Auszubildenden im Sinne des Berufsbildungsgesetzes und auch nicht zu den Schülern in berufsbildenden Schulen gehören diejenigen, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis ausgebildet werden (z. B. Beamte im Vorbereitungsdienst). Es ist schwierig, diesen Personenkreis statistisch zu fassen. Hier wurde versucht, die Zahl dieser Auszubildenden aus der Personalstandstatistik, die nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Finanzstatistik durchgeführt wird, herauszufiltern. Die Personalstandstatistik ist umfassend angelegt. Sie erfaßt das Personal – und somit auch die Auszubildenden – in Behörden, Gerichten und Einrichtungen (einschließlich der rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen) des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost, der Bundesanstalt für Arbeit, der Sozialversicherungsträger und der Träger der Zusatzversorgung. Die Auszubildenden können zu den Beamten zählen (Referendare, Inspektor- und Assistentenanwärter sowie Anwärter für den einfachen Dienst), zu den Angestellten (angestelltenversicherungsrechtliche Auszubildende, Lernschwestern und Krankenpflegeschüler, Verwaltungspraktikanten, Verwaltungslehrlinge) oder zu den Arbeitern (arbeiterrentenversicherungspflichtige Auszubildende). Die vorstehende Aufzählung zeigt bereits, daß die Zahl der Auszubildenden nach der Personalstandstatistik nicht unmittelbar in das hier vorliegende Konzept übernommen werden kann, weil dann Doppelzählungen vorliegen. So mußte z. B. die Zahl derjenigen abgezogen werden, die bereits zu den Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz oder in den Schulen des Gesundheitswesens gezählt wurden. Hierbei konnten nur Schätzungen helfen. Ferner wurde die Zahl der Inspektoranwärter, die gleichzeitig Studenten der Verwaltungsfachhochschule in Altenholz sind, abgesetzt. Sie werden im nächsten Abschnitt zu den Studenten gerechnet. Eine weitere Schwierigkeit entstand dadurch, daß es für Auszubildende, die im Bundesdienst stehen, keine Länderergebnisse gibt. Auch ihre Zahl mußte geschätzt werden. Auf der Basis aller Unsicherheiten wurde geschätzt, daß es 1981 in Schleswig-Holstein 4 800 Auszubildende im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis gab, und zwar Auszubildende, die bisher nicht in den Abschnitten betriebliche und schulische Berufsausbildung berücksichtigt wurden. Bei dieser Zahl kann es sich nur um eine Größenordnung handeln, die dazu beiträgt, am Schluß

des Aufsatzes eine grobe Vorstellung von der Gesamtzahl aller Auszubildenden in Schleswig-Holstein zu vermitteln.

Studenten an Fachhochschulen und wissenschaftlichen Hochschulen

Die Zahl der Auszubildenden wäre unvollständig, wenn nicht auch die Studenten einbezogen würden. Da in dieser Zeitschrift wiederholt über Struktur und Entwicklung der Studentenzahlen berichtet wurde, läßt sich dieser Abschnitt kurz fassen. Um das hier skizzierte „Ausbildungsbild“ statistikgerecht zu vervollständigen, bietet sich das Wintersemester 1981/82 an. Damals gab es an den Hochschulen in Schleswig-Holstein 25 640 Studenten, darunter 5 932 an Fachhochschulen. Es würde zu weit gehen, alle Fächergruppen, Studien- oder Fachbereiche sowie Studienfächer aufzuzeigen, die an den Hochschulen angeboten werden und die dem Studenten die Tür für eine Fülle von unterschiedlichen Abschlüssen öffnen, die wiederum Schlüssel zum Einstieg in einen Beruf sind. Erstaunlich ist aber, daß sich auch gegenwärtig noch ein Drittel aller Studenten der wissenschaftlichen Hochschulen auf eine Lehramtsprüfung vorbereiten, also Lehrer werden wollen; im Wintersemester 1981/82 waren es 6 646 Studenten.

1981: Rund 141 600 junge Menschen in einer beruflichen Ausbildung

Abschließend soll versucht werden, einen Gesamtüberblick über die Zahl derer zu geben, die sich in Schleswig-Holstein einer beruflichen Ausbildung widmen. An dieser Ausbildung sind Betriebe und Behörden sowie Schulen und Hochschulen beteiligt. Dabei lassen sich drei Gruppen von Ausbildungseinrichtungen unterscheiden: Schulen, die auf eine Berufsausbildung vorbereiten, Einrichtungen — Betriebe, Behörden, Schulen, - Hochschulen —, die zu einem ersten Berufsabschluß führen und Schulen, die einen Berufsabschluß voraussetzen.

Es wurde bereits eingangs festgestellt, daß sich 1981 rund 142 000 junge Menschen in Schleswig-Holstein in einer beruflichen Ausbildung befanden. Das ist ungefähr ein Drittel der 15- bis 24jährigen Bevölkerung des Landes, wobei die meisten von ihnen selbstverständlich zu den unter 20jährigen gehören. In den vorstehenden Zahlen fehlen jedoch Angaben über weitere berufliche Ausbildungsmöglichkeiten, nämlich über die Erwachsenenbildung, z. B. in der Volkshochschule, über eine zusätzliche betriebsinterne Ausbildung, vor allem in Großbetrieben, und über die berufliche Ausbildung innerhalb der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes. Es fehlen ferner Daten über

Junge Menschen in der beruflichen Ausbildung

	Auszubildende			
	1980	1981	Veränderung	
			Anzahl	%
Schulen, die auf eine Berufsausbildung vorbereiten				
Berufsvorbereitende Schulen	7 468	8 131	+ 663	+ 8,9
Schulen, die erste berufliche Bildung vermitteln	14 986	16 656	+ 1 670	+ 11,1
Einrichtungen, die zu einer ersten Berufsausbildung führen				
Betriebliche Berufsausbildung	72 790	74 179 ^a	+ 1 389	+ 1,9
Ausbildung im öffentlichen Dienst (öffentl.-rechtl. Dienstverhältnis)	4 890 ^b	4 795 ^b		
Schulische Berufsausbildung	6 313	6 520	+ 207	+ 3,3
Ausbildung im Hochschulbereich (Wintersemester)	23 171	25 640	+ 2 469	+ 10,7
Schulen, die einen Berufsabschluß voraussetzen	5 110	5 693	+ 583	+ 11,4
Alle Einrichtungen	134 728	141 614	+ 6 886	+ 5,1

a) Vorläufige Zahl
b) Geschätzte Zahl

Weiter- und Fortbildungseinrichtungen (z. B. Lehrgänge zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung).

Von den 142 000 waren 24 800 (18 %) Jugendliche, die sich erst in der berufsvorbereitenden Phase befanden, und 5 700 (4 %), die bereits mit einer Berufsausbildung fertig waren. Sie besuchten alle eine berufsbildende Schule. Ihre Zahl hat sich gegenüber 1980 um fast 11 % erhöht.

Rund 111 100 oder 78 % der Auszubildenden besuchten Einrichtungen, die zu einem ersten Berufsabschluß führen. Sie bereiteten sich in einem Betrieb oder in einer berufsbildenden Schule auf einen anerkannten Ausbildungsberuf vor, sie standen als Auszubildende im öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, sie ließen sich für einen Beruf ausbilden, für den die berufsbildende Schule die alleinige Ausbildungsstätte ist,

oder sie waren Studenten. Zieht man den Kreis derer, die einen ersten Berufsabschluß anstreben, so weit, dann ergibt sich gegenüber 1980 eine Steigerung um 4 000 oder 3,7 %. An diesem Zuwachs war vor allem die Studentenzahl mit einem Plus von knapp 2 500 beteiligt. Reduziert man die Zahl auf diejenigen, die sich in betrieblicher oder schulischer Berufsausbildung befanden, dann bleiben 1981 rund 80 700, das sind 1 600 oder 2,0 % mehr als 1980. Von diesen jungen Menschen standen 74 200 (92 %) in einer betrieblichen und 6 500 (8 %) in einer schulischen Berufsausbildung. Das bedeutet, daß das Schwergewicht der Berufsausbildung unserer Jugend nach wie vor bei den Betrieben liegt, die dabei — im dualen System — von der Berufsschule unterstützt werden.

Lieselotte Korscheya

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1 — 5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Ausländer	4/94
Bildung und Kultur	
Ausländische Studenten	2/37
Studenten aus Schleswig-Holstein	6/136
Wahlen	
Kommunalwahlen 1946 bis 1978	1/2
Kreis- und Gemeindewahl 1982 (Teil 1)	5/102
Kreis- und Gemeindewahl 1982 (Teil 2 und 3)	6/122
Erwerbstätigkeit	
Berufspendler	1/27
Landwirtschaft	
Repräsentative Dezemberviehzählung	2/33
Blumen und Zierpflanzen	5/117
Landwirtschaftliche Betriebe	6/128
Produzierendes Gewerbe	
Auslandsumsätze im verarbeitenden Gewerbe	1/21
Bautätigkeit und Wohnungswesen	
Wohnverhältnisse 1978	2/45
Handel und Gastgewerbe	
Einzelhandelsunternehmen	5/112
Umweltschutz	
Umweltstatistiken	4/82
Verschiedenes	
Schleswig-Holstein im Jahre 1981	3/50

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

34. Jahrgang . Heft 7 . Juli 1982

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1980	1981	1981			1982				
				Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 605	2 616	2 612	2 613	2 614	2 618	2 618	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 122	1 156	914	1 176	1 705	709	991	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,2	5,3	4,1	5,5	7,7	3,5	4,5	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 045	2 054	2 077	2 111	2 013	1 842	2 206	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,4	9,4	9,4	9,8	9,1	9,2	9,9	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 607	2 661	2 757	2 584	2 689	2 496	3 017	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,0	12,2	12,4	12,0	12,1	12,4	13,6	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	23	23	21	19	25	19	25	
* je 1 000 Lebendgeborene		11,4	11,3	10,1	9,0	12,4	10,3	11,3	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 561	- 606	- 680	- 473	- 676	- 654	- 811	
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,6	- 2,8	- 3,1	- 2,2	- 3,0	- 3,3	- 3,6	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 678	6 369	6 122	6 027	5 844	4 835	5 743	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 094	5 104	4 915	4 628	3 698	4 285	5 086	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 584	+ 1 265	+ 1 207	+ 1 399	+ 2 146	+ 550	+ 657	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 428	10 012	9 582	9 839	8 551	8 487	9 820	
Wanderungsfälle	Anzahl	22 200	21 485	20 619	20 494	18 093	17 607	20 649	
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		150	145	136	141	120	130	137	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	39	60	58	53	50	100	92	85	81	
darunter *Männer	1 000	19	32	32	28	26	61	55	50	47	
Kurzarbeiter	1 000	1,8	8,2	10,7	9,0	8,4	21,8	19,7	14,7	11,4	
darunter Männer	1 000	1,1	6,4	8,4	6,7	6,1	18,1	16,1	11,6	9,1	
Offene Stellen	1 000	11,8	7,9	11,1	10,4	10,4	5,0	5,8	5,4	4,8	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 553 ^a	1 544 ^a	
darunter *Milchkühe											
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	520 ^a	525 ^a	
*Schweine	1 000	1 807 ^a	1 758 ^a	.	1 870	.	.	.	1 789	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	199 ^a	186 ^a	.	202	.	.	.	190	.	
darunter *trächtig	1 000	134 ^a	127 ^a	.	133	.	.	.	125	.	
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	41	40	39	39	33	29	37	32	27	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	259 ^b	244 ^c	246	238	240	209	255	233	230	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4	4	4	3	2	4	4	2	2	
*Schlachtsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen											
(ohne Geflügel)	1 000 t	32,2	30,2	29,9	29,7	28,0	24,3	30,5	27,6	26,1	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	11,5	10,8	10,5	10,6	8,7	7,7	10,0	8,7	7,4	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	20,5	19,1	19,2	18,9	19,1	16,5	20,2	18,8	18,5	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	285	278	272	271	270	274	273	275	274	
Kälber	kg	101	101	99	99	96	93	98	100	104	
Schweine	kg	80	80	79	80	81	81	81	82	81	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	*für Legehennenküken	1 000	127	130	186	162	101	120	115	185	162
	für Masthühnerküken	1 000	1 099	1 126	1 200	1 133	1 109	964	1 305	1 201	1 418
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	927	914	1 000	899	838	857	1 013	878	815	
*Milcherzeugung											
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	1 000 g	205	204	242	248	261	194	245	253	264	
	%	97	97	97	98	98	97	97	98	98	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,0	12,9	15,0	15,9	16,2	13,2	15,1	16,1	16,2	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1980/81 = 6 c) Winterhalbjahr 1981/82 = 5

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1980	1981	1981			1982			
		Monats- durchschnitt			März	April	Mai	Febr.	März	April
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	183	180	180	180	180	175	176	175	174
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	130	126	127	126	126	122	122	121	121
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	19 117	18 207	19 216	18 816	18 007	17 173	19 064	17 974	17 072
*Löhne (brutto)	Mill. DM	308,4	310,7	280,2	291,8	307,4	264,9	298,1	298,5	302,2
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	180,5	191,0	174,1	172,6	194,0	177,3	187,9	186,4	204,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 395	1 456	1 730	1 337	1 298	1 223	1 873	1 436	1 418
aus dem Inland	Mill. DM	1 010	981	1 120	939	928	900	1 290	1 076	982
aus dem Ausland	Mill. DM	385	475	610	397	370	323	582	359	436
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 595	2 791	2 979	2 828	2 672	2 537	2 935	2 786	2 597
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 174	2 265	2 365	2 326	2 212	2 100	2 389	2 187	2 124
*Auslandsumsatz	Mill. DM	421	526	614	501	460	437	546	599	473
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	30	32	18	30	40	17	21	21	25
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	29,3	36,3	37,9	39,8	38,0	39,0	48,9	37,9	37,3
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	1,1	0,7	0,8	1,1	0,9	0,3	0,3	0,4	0,2
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	28,2	35,7	37,1	38,8	37,1	38,7	48,6	37,5	37,0
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	105	87	106	93	93	93	91	42	58
*Leichtes Heizöl	1 000 t	14	11	13	11	8	14	12	10	7
*schweres Heizöl	1 000 t	91	76	92	82	85	79	79	32	50
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	225	227	238	241	235	214	238	212	217
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	33	32	26	29	30	30	26	25
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)	
Bauhauptgewerbe⁶⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	57 610	54 150	55 128	55 633	55 651	46 492	47 887	49 157	49 188
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 582	5 861	6 062	7 423	6 939	3 330	5 439	6 077	5 764
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	2 971	2 576	2 784	3 319	3 010	1 562	2 394	2 543	2 420
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 179	1 093	1 168	1 338	1 271	762	1 149	1 267	1 179
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 264	2 053	2 015	2 596	2 482	940	1 799	2 108	2 010
*Löhne (brutto)	Mill. DM	119,7	113,2	105,5	138,8	137,4	58,2	97,7	117,1	117,9
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	18,3	18,9	17,0	17,6	18,2	16,0	16,9	16,7	18,1
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	417,5	398,9	322,4	330,8	395,6	172,5	244,2	299,4	346,3
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	251,4	238,9	379,9	251,0	448,8	177,4	267,5	236,5	222,2
Ausbaugewerbe⁸⁾										
Beschäftigte	Anzahl	8 808	8 891	8 730	8 788	8 789	8 382	8 356	8 395	8 396
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 057	1 060	1 072	1 078	1 099	903	1 033	990	950
Löhne und Gehälter	Mill. DM	19,5	20,4	18,9	19,5	20,4	16,8	19,0	19,1	19,5
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,9	58,4	53,9	50,3	55,3	42,5	53,2	47,4	47,9
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	710	1 059	1 256	1 016	1 075	1 195
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	788	806	885	777	731	863
*Gaserzeugung (brutto) ³⁾	Mill. m ³	4	4	5	4	2	4	4	3	...
Handwerk										
Handwerk (Meßzahlen)⁹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 ± 100	109,1	106,6	106,2	.	.	.	100,5	.	.
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj. -D 1976 ± 100	135,0	132,9	106,0	.	.	.	102,1	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle ± 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ ± 35,169 MJ/m³) ± 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht ± 1,46 t SKE, schwer ± 1,40 t SKE

5) 1 000 kWh Strom ± 0,123 t SKE 6) Ab März 1982 vorläufige Ergebnisse, Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 9) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1980	1981	1981			1982			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	903	685	1 094	755	777	333	493	628	472
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	743	520	892	565	547	237	350	435	337
*2 Wohnungen	Anzahl	113	112	151	141	155	67	79	110	73
*Rauminhalt	1 000 m ³	825	659	947	710	816	302	572	672	571
*Wohnfläche	1 000 m ²	141	114	163	124	138	52	93	119	95
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	176	137	119	134	174	90	102	104	112
*Rauminhalt	1 000 m ³	669	525	368	507	631	390	320	515	320
*Nutzfläche	1 000 m ²	114	91	72	83	109	69	53	85	63
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 580	1 347	1 785	1 455	1 602	590	1 263	1 404	1 300
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	511,4	709,7	705,6	968,8	545,7	626,4	739,8	630,2	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	97,7	131,1	166,9	183,7	115,0	109,3	157,2	125,7	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	413,7	578,5	538,7	785,1	430,7	517,0	582,6	504,5	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	10,4	13,3	12,9	12,7	11,1	14,9	18,2	11,4	...
*Halbwaren	Mill. DM	61,6	73,5	82,2	107,2	70,6	74,9	76,7	54,7	...
*Fertigwaren	Mill. DM	341,7	491,7	443,5	665,3	348,9	427,3	487,7	438,4	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	39,8	51,1	53,1	56,6	49,2	46,4	50,8	55,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	302,8	440,6	390,4	608,7	299,7	380,8	436,9	382,8	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	236,4 ^a	275,8	305,7	383,8	271,4	292,1	369,7	268,8	...
darunter Dänemark	Mill. DM	51,2	63,4	74,3	94,2	56,9	51,5	87,1	69,2	...
Frankreich	Mill. DM	52,4	51,9	55,2	61,3	44,4	68,2	70,8	47,0	...
Niederlande	Mill. DM	45,9	51,8	66,5	75,8	54,8	57,9	60,2	48,9	...
Großbritannien	Mill. DM	39,2	44,8	41,6	80,7	55,4	48,5	45,2	27,4	...
*Einzelhandelsumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	221,7
*Gastgewerbeumsätze (Meßzahl)	1970 = 100	184,9
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
*Ankünfte	1 000	211	216	128	218	284	89	138	p 207	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	21	22	15	21	24	10	13	p 25	...
*Übernachtungen	1 000	1 217	1 248	506	1 056	1 352	323	517	p 983	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	47	43	34	42	49	21	27	p 45	...
Verkehr										
Seeschifffahrt¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 205	...	1 169	1 288	1 185
Güterversand	1 000 t	498	...	617	657	496
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	202	199	175	176	205	174	219	169	175
*Güterversand	1 000 t	208	189	212	208	230	128	154	162	155
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	377	416	1 000	1 376	760	368	1 362	1 309	...
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	8 047	7 686	11 580	9 688	8 279	6 989	10 684	8 915	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	536	420	594	571	447	271	415	391	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 474	1 452	1 235	1 389	1 720	923	1 205	1 359	p 1 587
*Getötete Personen	Anzahl	44	43	32	47	54	31	30	44	p 36
*Verletzte Personen	Anzahl	1 909	1 874	1 616	1 794	2 218	1 188	1 518	1 775	p 2 094

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

a) ohne Griechenland

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1980	1981	1981			1982				
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Geld und Kredit											
Kredite und Einlagen²⁾											
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	52 677	58 066	53 335	53 839	54 283	58 410	58 728	58 862	59 349	
darunter											
*Kredite ³⁾ an inländische Nichtbanken	Mill. DM	50 863	56 214	51 535	51 991	52 427	56 536	56 885	56 989	57 423	
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	8 893	9 269	8 977	8 940	9 118	9 311	9 403	9 310	9 305	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 766	8 906	8 870	8 646	8 728	8 901	9 166	9 026	9 027	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	127	363	107	294	390	410	237	284	278	
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 420	7 196	5 564	5 798	5 870	6 851	6 909	6 987	7 068	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 027	5 129	4 185	4 406	4 464	5 059	5 126	5 224	5 306	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 393	2 067	1 379	1 392	1 406	1 793	1 783	1 763	1 762	
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	36 550	39 748	36 994	37 253	37 440	40 373	40 573	40 693	41 050	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	28 553	30 141	28 965	29 135	29 327	30 255	30 311	30 367	30 481	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 997	9 607	8 028	8 118	8 113	10 118	10 262	10 326	10 569	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	34 504	35 935	33 865	34 214	34 347	35 924	35 647	35 643	35 822	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	20 576	22 242	20 405	20 908	21 126	22 325	22 153	22 126	22 287	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	15 050	16 458	15 127	15 301	15 518	16 579	16 519	16 462	16 646	
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 526	5 784	5 278	5 608	5 608	5 746	5 634	5 664	5 640	
*Spareinlagen	Mill. DM	13 928	13 693	13 460	13 306	13 221	13 599	13 495	13 517	13 535	
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	7 924	10 015	9 738	9 671	9 644	10 033	10 000	9 978	...	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	728	731	741	719	588	759	811	888	...	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	719	815	1 027	874	674	729	916	867	...	
Zahlungsschwierigkeiten											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	36	45	48	44	32	63	44	51	52	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	0,4	-	1	1	-	1	-	-	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	324	381	348	363	395	391	445	
*Wechselsumme	Mill. DM	2,0	2,6	2,1	1,7	2,1	4,6	3,4	
Steuern											
		Vierteljahres- durchschnitt			1. Vj. 81			1. Vj. 82			
Steueraufkommen nach der Steuerart											
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 109,0	2 104,1	2 111,2	.	.	2 018,9	.	.	.	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 521,0	1 484,0	1 415,7	.	.	1 354,1	.	.	.	
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 019,7	1 044,9	933,7	.	.	938,0	.	.	.	
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	349,3	282,4	314,2	.	.	249,0	.	.	.	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	14,9	20,0	17,8	.	.	16,9	.	.	.	
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	137,2	136,8	149,9	.	.	150,2	.	.	.	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	588,1	620,1	695,5	.	.	664,8	.	.	.	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	398,3	419,5	507,8	.	.	477,9	.	.	.	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	189,8	200,6	187,7	.	.	186,9	.	.	.	
*Bundessteuern	Mill. DM	127,0	141,2	170,5	.	.	113,0	.	.	.	
*Zölle	Mill. DM	0,3	0,2	0,2	.	.	0,2	.	.	.	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	116,9	130,5	150,9	.	.	112,8	.	.	.	
*Landessteuern	Mill. DM	130,8	128,1	121,4	.	.	115,0	.	.	.	
*Vermögensteuer	Mill. DM	28,6	26,0	24,2	.	.	28,9	.	.	.	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	67,8	68,1	60,7	.	.	45,8	.	.	.	
*Biersteuer	Mill. DM	4,3	4,4	3,5	.	.	3,5	.	.	.	
*Gemeindesteuern	Mill. DM	288,3	272,1	243,4	.	.	233,6	.	.	.	
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,1	7,2	7,0	.	.	7,3	.	.	.	
*Grundsteuer B	Mill. DM	50,3	52,5	48,2	.	.	51,2	.	.	.	
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	203,8	193,3	169,0	.	.	159,7	.	.	.	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 132,6	1 154,2	1 169,9	.	.	1 110,5	.	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	582,0	569,7	530,5	.	.	527,0	.	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	397,0	418,6	469,5	.	.	448,7	.	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	26,6	24,9	- 0,5	.	.	- 0,9	.	.	.	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 190,4	1 178,9	1 157,3	.	.	1 139,4	.	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	714,7	695,4	677,0	.	.	667,0	.	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	318,4	334,7	359,4	.	.	358,2	.	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	26,6	24,9	- 0,5	.	.	- 0,9	.	.	.	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	456,4	440,1	249,7	.	.	233,2	.	.	.	
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	150,5	143,6	170,0	.	.	161,4	.	.	.	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	221,3	217,8	5,3	.	.	- 2,2	.	.	.	

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1980	1981	1981			1982			
			März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Preise									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1976 = 100									
Einfuhrpreise	125,3	142,9	139,3	140,3	142,4	145,4	144,7	144,6	...
Ausfuhrpreise	115,1	121,3	119,5	120,3	120,9	125,5	126,0	126,5	...
Grundstoffpreise ⁶⁾ (1970 = 100)	173,6	192,2	187,4	188,5	190,8	198,8	198,2
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁶⁾	117,1	126,2	123,3	124,5	125,3	131,6	131,6	132,3	132,7
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	99,3	104,6	103,0	102,9	102,4	p 109,5	p 109,2	p 108,7	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	134,1	142,0	.	.	142,4	144,7	.	.	146,4
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	112,7	121,9	119,6	120,3	121,2	p 126,3	p 125,8	126,5	...
Einzelhandelspreise	116,1	122,2	120,7	121,5	122,3	126,2	126,4	127,3	128,4
*Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	117,0	123,9	122,0	122,8	123,3	128,2	128,4	129,0	129,8
darunter für									
*Nahrungs- und Genussmittel	112,7	118,2	116,9	118,4	118,9	122,6	123,2	124,5	125,6
Kleidung, Schuhe	120,8	126,8	125,3	125,7	126,3	130,9	131,4	131,7	132,1
Wohnungsmieten	115,4	120,4	118,7	119,3	119,8	124,1	124,7	125,0	125,6
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	137,6	157,8	154,9	153,7	152,3	168,4	164,5	166,1	169,1
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	116,7	123,7	122,6	122,7	123,5	128,9	129,2	129,2	129,6
Löhne und Gehälter									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	609	633	.	627	.	.	.	640	.
darunter *Facharbeiter	644	668	.	661	.	.	.	673	.
*weibliche Arbeiter	400	420	.	411	.	.	.	433	.
darunter *Hilfsarbeiter	385	402	.	396	.	.	.	417	.
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	14,35	15,08	.	14,87	.	.	.	15,56	.
darunter *Facharbeiter	15,14	15,87	.	15,67	.	.	.	16,32	.
*weibliche Arbeiter	9,99	10,55	.	10,40	.	.	.	11,00	.
darunter *Hilfsarbeiter	9,60	10,14	.	10,03	.	.	.	10,60	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	42,4	42,0	.	42,2	.	.	.	41,2	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	40,1	39,7	.	39,6	.	.	.	39,3	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 319	3 508	.	3 457	.	.	.	3 667	.
*weiblich	2 272	2 405	.	2 356	.	.	.	2 523	.
Technische Angestellte									
*männlich	3 526	3 684	.	3 596	.	.	.	3 846	.
*weiblich	2 192	2 318	.	2 259	.	.	.	2 427	.
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	2 863	3 025	.	2 954	.	.	.	3 162	.
*weiblich	1 943	2 062	.	2 020	.	.	.	2 175	.
Technische Angestellte									
männlich	2 955	3 013	.	2 971	.	.	.	3 104	.
weiblich	(2 217)	.
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 008	3 178	.	3 112	.	.	.	3 326	.
weiblich	2 035	2 158	.	2 115	.	.	.	2 274	.
Technische Angestellte									
männlich	3 490	3 642	.	3 558	.	.	.	3 806	.
weiblich	2 192	2 316	.	2 257	.	.	.	2 425	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen; Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassensämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite
4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Jahreszahlen B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fernverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹⁾ in 1 000	fertiggestellte Wohnungen ¹⁾		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
		in 1 000	in %		Mill. DM				in 1 000			
1977	16	18	10	1 057	6 092	2 298	808	5 186	3 007	237	24 069	494
1978	20	15	7	1 072	5 246	2 267	747	4 324	2 942	246	23 181	505
1979	19	17	8	1 089	5 607	2 530	724	4 655	2 836	255	21 823	549
1980	18	19	7	1 107	6 137	2 837	863	4 964	2 976	238	22 748	522
1981	16	18	10	...	8 516	3 309	1 209	6 942	2 590	262	14 971	511

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen ⁵⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw ⁴⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1977	979	11	838	49	18 720	728	24 620	12 552	513,8	169,9	63,8	36,0
1978	1 035	14	889	51	18 587	633	24 330	13 437	559,6	183,2	62,2	39,2
1979	1 094	16	940	54	16 815	522	21 930	13 802	597,7	196,8	60,5	44,3
1980	1 129	20	968	56	17 684	523	22 904	13 928	658,3	213,2	61,0	49,7
1981	1 149	24	983	56	17 427	521	22 492	13 693	735,9	242,1	...	54,7

Jahr	Steuern ⁶⁾								Neuverschuldung ⁷⁾			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸⁾	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1977	3 695	3 816	1 466	1 487	4 607	2 822	1 403	481	655	6 613	2 491	1 940
1978	3 948	4 086	1 516	1 778	4 775	2 849	1 474	498	668	7 317	2 544	2 003
1979	4 311	4 421	1 544	2 004	5 115	3 002	1 549	523	753	7 865	2 592	2 044
1980	4 530	4 762	1 825	2 352	5 382	3 443	1 397	468	815	9 065	2 557 ^{a)}	1 981 ^{a)}
1981	4 617	4 732	1 760	2 480	5 262	3 570	1 129	522	773	10 145	2 671 ^{a)}	2 066 ^{a)}

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹⁾		für Wohngebäude 1976 = 100	der Lebenshaltung 1976 = 100 ¹⁰⁾		Industriearbeiter ¹¹⁾		Angestellte in Industrie ¹¹⁾ und Handel		öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte		insgesamt	Nahrungs- und Genußmittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹²⁾		
	1976 = 100	1976 = 100					kaufmännische Angestellte	techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VII (Bürokräft)		
	DM											
1977	102,7	98,9	104,9	103,7	104,9	515	340	2 495	1 681	2 905	2 590	1 919
1978	103,9	95,5	111,3	106,5	106,4	544	361	2 654	1 786	3 070	2 704	2 003
1979	108,9	96,9	121,1	110,9	108,2	577	377	2 808	1 893	3 267	2 811	2 082
1980	117,1	99,3	134,1	117,0	112,7	609	400	3 008	2 035	3 490	2 985	2 210
1981	126,2	104,6	142,0	123,9	118,2	633	420	3 178	2 158	3 642	3 111	2 302

1) Errichtung neuer Gebäude 2) Bis 1980: in 156 Berichtsgemeinden, Fremdenverkehrsjahre (jeweils 1. 10. bis 30. 9.) 1981: in Schleswig-Holstein, nur Beherbergungsbetrieben mit 9 und mehr Gästebetten, Kalenderjahr 3) einschließlich Kombinationskraftwagen 4) einschließlich mit Spezialaufbau 5) ohne Postspareinlagen 6) Quelle: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein 7) ohne Kassenkredite 8) ohne Schulden der Eigenbetriebe 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer 10) für alle privaten Haushalte 11) einschließlich Hoch- und Tiefbau 12) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
a) ohne Schulden der Krankenhäuser

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 28. Februar 1982			Bevölkerungsveränderung im Februar 1982			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1982 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
		in %							
FLENSBURG	87 489	0,0	- 0,3	32	+ 32	-	46	-	54
KIEL	249 786	- 0,0	- 0,1	73	+ 42	31	152	2	188
LÜBECK	219 023	- 0,1	- 0,5	104	20	124	135	-	178
NEUMÜNSTER	80 114	+ 0,0	- 0,0	14	+ 38	+ 24	56	-	68
Dithmarschen	130 946	- 0,0	+ 0,3	39	+ 31	8	88	2	124
Hzgt. Lauenburg	157 103	- 0,1	+ 0,6	63	24	87	87	2	105
Nordfriesland	162 111	- 0,0	+ 0,3	32	+ 14	18	97	7	131
Ostholstein	192 954	- 0,0	+ 0,7	50	+ 9	41	132	4	188
Pinneberg	260 536	- 0,0	+ 0,1	45	69	114	153	4	206
Plön	116 488	+ 0,0	+ 0,2	28	+ 58	+ 30	93	2	117
Rendsburg-Eckernförde	246 586	+ 0,0	+ 0,4	56	+ 158	+ 102	154	3	204
Schleswig-Flensburg	182 651	- 0,0	+ 0,4	2	5	7	82	3	111
Segeberg	212 299	+ 0,0	+ 0,8	32	+ 105	+ 73	138	3	199
Steinburg	128 757	- 0,0	- 0,2	54	+ 42	12	76	3	95
Stormarn	192 149	+ 0,1	+ 1,3	30	+ 139	+ 109	98	1	126
Schleswig-Holstein	2 618 992	- 0,0	+ 0,3	654	+ 550	104	1 587	36	2 094

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1982		
	Betriebe am 31. 5. 1982	Beschäftigte am 31. 5. 1982	Umsatz ⁴⁾ im Mai 1982 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLENSBURG	76	8 907	130	32 806	29 535	337
KIEL	141	25 866	297	92 734	83 828	336
LÜBECK	149	23 930	242	80 183	72 176	329
NEUMÜNSTER	75	9 899	85	33 446	29 748	371
Dithmarschen	80	6 739	277	63 610	51 128	391
Hzgt. Lauenburg	101	8 640	98	67 793	58 315	371
Nordfriesland	59	3 179	58	74 723	60 401	373
Ostholstein	90	5 778	98	80 723	69 098	358
Pinneberg	197	21 605	280	115 489	100 979	387
Plön	49	2 764	30	53 791	45 353	390
Rendsburg-Eckernförde	129	10 961	162	112 318	93 903	381
Schleswig-Flensburg	87	4 994	122	87 176	70 760	388
Segeberg	176	14 594	201	108 657	93 444	440
Steinburg	99	10 633	186	58 899	48 092	373
Stormarn	147	15 977	331	87 472	76 940	401
Schleswig-Holstein	1 655	174 466	2 597	1 149 820	983 700	376

1) nach dem Gebietsstand vom 28. 2. 1982 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1981				Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 4. 1982	Kurzarbeiter Monatsmitte April 1982	offene Stellen am 30. 4. 1982	Schweine insgesamt am 3. 12. 1981	Rindvieh am 3. 12. 1981		
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)	
		in %								in 1 000
Schleswig-Holstein	2 619,2	+ 5,0	+ 0,3	85	15	5	1 758	1 544	525	
Hamburg	1 637,1	- 8,7	- 0,5	49	9	4	10	14	3	
Niedersachsen	7 267,1	+ 2,6	+ 0,1	239	58	13	6 795	3 124	1 091	
Bremen	691,4	- 4,3	- 0,3	27	4	1	5	16	5	
Nordrhein-Westfalen	17 046,0	+ 0,8	- 0,1	537	124	27	5 554	1 936	625	
Hessen	5 611,9	+ 4,3	+ 0,2	130	41	12	1 268	871	288	
Rheinland-Pfalz	3 641,2	- 0,1	- 0,0	91	26	7	646	655	228	
Baden-Württemberg	9 287,9	+ 4,4	+ 0,3	168	99	25	2 176	1 833	678	
Bayern	10 959,2	+ 4,6	+ 0,3	278	96	27	4 042	4 926	1 969	
Saarland	1 063,0	- 5,1	- 0,3	36	9	1	49	72	25	
Berlin (West)	1 888,7	- 10,9	- 0,4	69	10	4	4	1	0	
Bundesgebiet	61 712,7	+ 1,8	+ 0,1	1 710	491	128	22 310	14 992	5 438	

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Februar 1982	
	Beschäftigte am 31. 3. 1982 in 1 000	Umsatz ²⁾ im März 1982		Beschäftigte am 28. Februar 1982		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	176	2 935	19	46	18	590	2,3
Hamburg	161	7 050	12	27	16	455	2,8
Niedersachsen	685	12 400	30	124	17	2 126	2,9
Bremen	86	1 766	23	13	19	103	1,5
Nordrhein-Westfalen	2 091	34 122	28	267	16	5 720	3,4
Hessen	638	8 866	29	94	17	1 569	2,8
Rheinland-Pfalz	382	7 270	40	68	19	1 540	4,2
Baden-Württemberg	1 430	20 653	30	187	20	4 745	5,1
Bayern	1 323	18 364	30	194	18	5 123	4,7
Saarland	152	2 269	32	19	18	341	3,2
Berlin (West)	170	3 051	12	31	16	766	4,1
Bundesgebiet	7 294	118 745	28	1 071	17	23 078	3,7

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. Januar 1982			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im März 1982				Bestand an Spar- einlagen ⁶⁾ am 31. 3. 1982 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des	des	der
		Anzahl	je 1 000 Einwohner						Landes	Bundes	Gemeinden
	in 1 000							im 4. Vierteljahr 1981			
							in DM je Einwohner				
Schleswig-Holstein	1 150	984	376	1 205	30	1 518	128	5 152	497	495	241
Hamburg	629	566	346	752	11	932	125	8 585	846	4 106	325
Niedersachsen	3 257	2 759	380	3 241	143	4 182	133	6 415	508	571	247
Bremen	265	238	345	318	7	366	117	7 148	659	1 320	292
Nordrhein-Westfalen	7 233	6 460	379	7 453	202	9 479	130	7 345	578	977	279
Hessen	2 604	2 258	402	2 429	75	3 188	134	8 013	624	856	272
Rheinland-Pfalz	1 746	1 465	402	1 616	51	2 107	134	7 301	530	674	198
Baden-Württemberg	4 355	3 700	398	3 649	114	4 865	136	7 808	632	875	305
Bayern	5 148	4 197	383	4 664	160	6 232	137	8 091	552	680	282
Saarland	471	420	395	516	17	720	143	7 021	505	563	219
Berlin (West)	657	583	309	1 007	24	1 276	129	7 034	445	1 564	114
Bundesgebiet	27 617 ^a	23 681 ^a	384	26 850	834	34 865	133	7 418	574	911	268

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

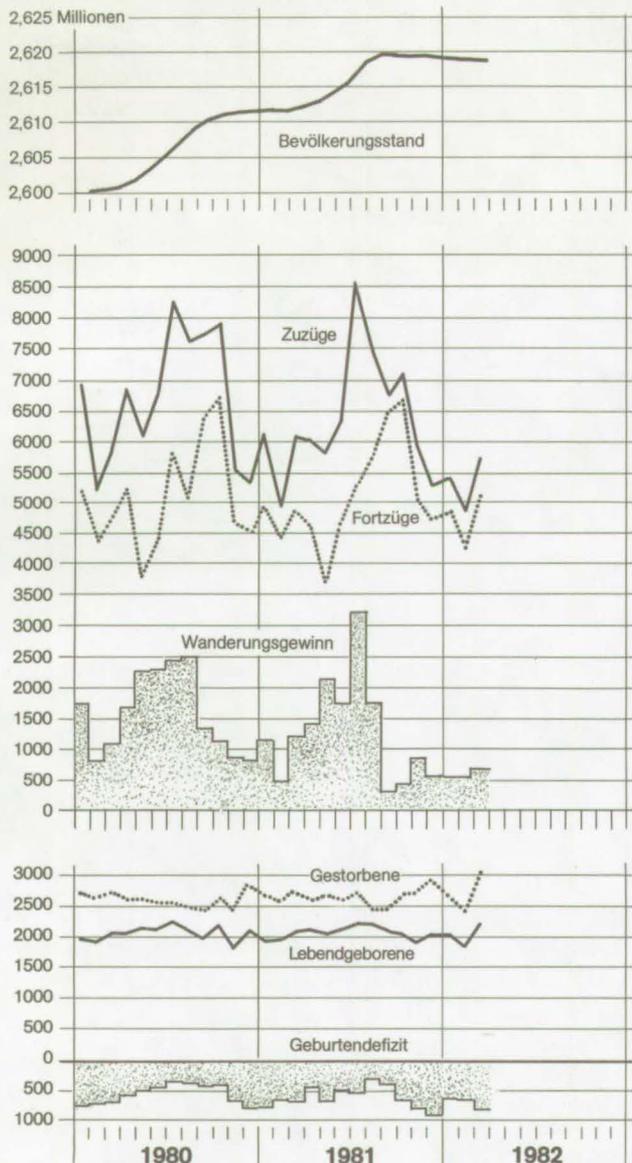
6) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn, jedoch ohne Bundeswehr

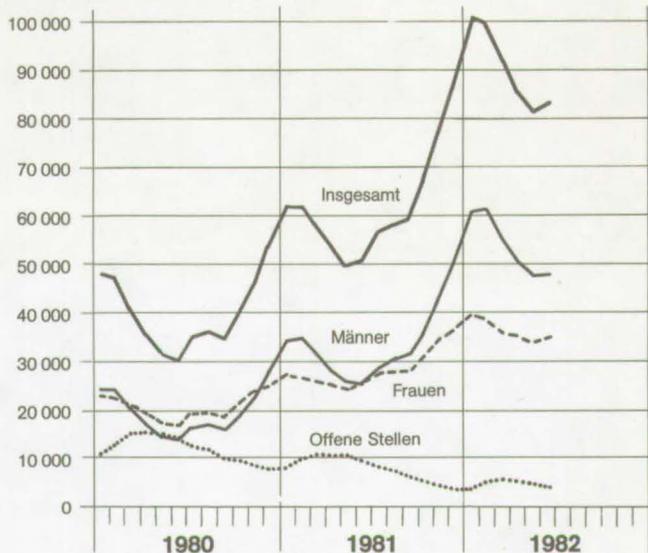
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Teil A erscheint im monatlichen Wechsel mit Teil B: Beschäftigte und Umsatz im verarbeitenden Gewerbe, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

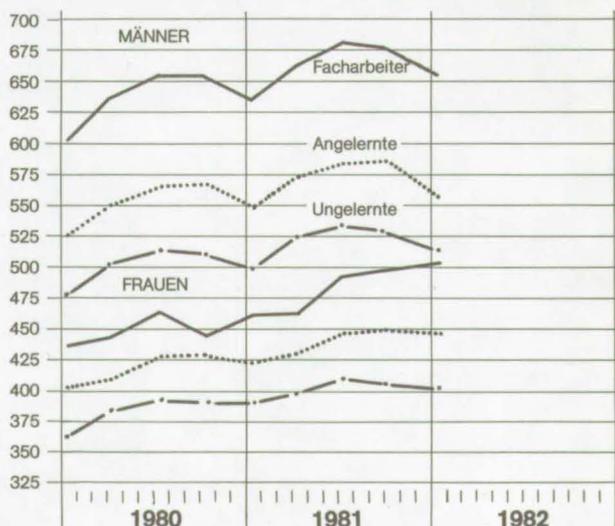
Bevölkerung



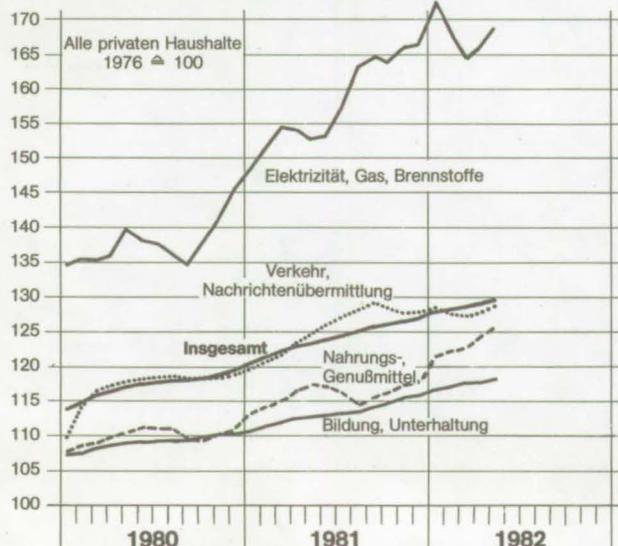
Arbeitslose



DM Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Mill. DM Steueraufkommen

